

## 5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan: Zwischen „Bitterkeit“ und „Bruderstaat“

*“We are told that all of us are brothers in faith, but relations really just boil down to the fact that Saudi Arabia is bailing Pakistan out of yet another economic crisis. It’s a happy marriage between God and budget deficits (...). One might think that it’s his dad’s money he is spending. But Pakistanis seem to think that since God has blessed Saudi Arabia with so many riches, we are only getting our fair share” (Hanif, 19.02.2019).*

Ohne das konfliktreiche und wechselvolle Verhältnis zwischen Pakistan und Saudi-Arabien auf sicherheits- und regionalpolitischer, historischer, wirtschaftlicher, militärischer, kultureller und sozialer Ebene zu problematisieren, lassen sich die neuen nationalen Öffentlichkeitsakteur\*innen nicht in der öffentlichen Arena zu Migration verorten. Ihre medienstrategische Arbeit wird von dieser Ebene in vielfacher Hinsicht beeinflusst und beeinträchtigt. Die untersuchten Akteur\*innen müssen in einem komplexen und komplizierten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Diskussionsrahmen agieren, welcher die Entwicklung einer kritischen Öffentlichkeit zu Saudi-Arabien behindert. Somit dient dieses Kapitel als erste Rahmung und Grundlage für das weitere Aushandlungspotenzial von Migration in der öffentlichen Arena aus Sicht der neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen.<sup>42</sup>

Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Pakistan und Saudi-Arabien sind seit Jahrzehnten von einer fast symbiotischen Nähe, gleichermaßen aber auch einer tiefgreifenden Ambivalenz und einem asymmetrischen Ungleichgewicht geprägt, wie von unterschiedlichen Interviewpartnern aus Politikberatung, Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft in fast allen Gesprächen betont wird (vgl. MIR\_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore; RAF\_LAH, Interview, 06.02.2016, Lahore; SHA\_LAH, Interview, 3.02.2016, Lahore). Für sie stellt Saudi-Arabien gleichsam wirtschaftlicher Geber, aber auch sicherheitspolitisches Risiko dar. Damit unterstreichen die neuen Öffent-

---

<sup>42</sup> Dabei werden ihre Perspektiven und Einschätzungen in die Analyse einbezogen und mit Kontextwissen aus Politik- und Regionalwissenschaft kombiniert.

## 5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

lichkeitsakteur\*innen die auch in der Literatur vorherrschende Forschungsposition, in der Pakistan u. a. auch als „extension of the Middle East“ bezeichnet (Amin 2014: 4), während Saudi-Arabien als Schutzmacht oder als „senior partner“ (Amin 2014: 135) charakterisiert wird. Dieses vielschichtige bilaterale Spannungsverhältnis wird von den untersuchten Öffentlichkeitsakteur\*innen in unterschiedlichen Facetten und aus sich vielfach widersprechenden Perspektiven thematisiert.<sup>43</sup>

So wird Saudi-Arabien einerseits als „Bruderstaat“ beschrieben, der als besonderer Partner bzw. Verbündeter über enorme Signifikanz in der pakistanischen Politik und Gesellschaft verfügt, andererseits sehen einige Öffentlichkeitsakteur\*innen in der Asymmetrie der Beziehungen ein strukturelles Problem der „Bitterkeit“, welches sich zu Lasten der pakistanischen Stabilität oder der kulturell-religiösen Diversität auswirkt, was insbesondere Vertreter\*innen der pakistanischen Politikwissenschaft kontaktieren, die sich in ihrer Forschung vor allem mit pakistanischer Außenpolitik beschäftigen (vgl. WAS\_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore; ZAK\_LAH, Interview, 22.01.2016, Lahore; WER\_LAH, Interview, 04.02.2016, Lahore).

Vor diesem Hintergrund soll im Folgenden herausgearbeitet werden, wie sich die bilateralen Beziehungen zwischen Pakistan und Saudi-Arabien entwickelt haben und auf welchen Pfeilern sie beruhen. Zu diesem Zweck wird in 5.1 die politische und wirtschaftliche Nähe bzw. Abhängigkeit zum Königreich thematisiert, um im Anschluss die militärisch-geostrategische Dimension der bilateralen Kooperation zu diskutieren. In diesem Zusammenhang artikulieren die neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen ihre Sorgen, Pakistan könne zum Schauplatz der iranisch-saudischen Rivalität werden (5.2). Als weiterer Aspekt der ambivalenten Beziehungen wird die religiöse Nähe zum „Hüter der beiden Heiligen Stätten“ aufgezeigt (5.3). Darauf aufbauend schildern die neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen die aus ihrer Perspektive stattfindende religiöse und kulturelle Indoktrination aus Saudi-Arabien, die die nationale Sicherheit und das gesellschaftliche Zusammenleben bedroht (5.4). Allerdings sehen sie auch Tendenzen eines sich ändernden Verhältnisses zu Saudi-Arabien und machen dies an der Parlamentsentscheidung fest, keine militärischen Einheiten zur Unterstützung Saudi-Arabiens in den Jemen zu entsenden (5.5). Oftmals beziehen sie sich dabei auf bestehende wissenschaftliche oder politische Hintergrundinformatio-

---

<sup>43</sup> In der Vorbereitung auf meine semistrukturierten Interviews hatte ich eine explizite Hinführung zu diesem Themenschwerpunkt keineswegs intendiert, doch im Untersuchungsverlauf kamen alle Gesprächspartner\*innen oftmals selbst aus unterschiedlicher Perspektive auf die engen bilateralen Beziehungen zwischen Pakistan und Saudi-Arabien und die bestehende Ambivalenz zu sprechen.

nen der von mir ebenfalls untersuchten Sekundärliteratur. Da ich neben zivilgesellschaftlichen und journalistischen Akteur\*innen auch Vertreter\*innen aus Politik-, Migrations- und Regionalwissenschaft interviewt habe, welche teilweise den bestehenden Forschungsstand zu den saudisch-pakistanischen Beziehungen mitgestaltet haben, sind ihre Aussagen zu denen in der Literatur oftmals kongruent.

### **5.1 Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Saudi-Arabien als wirkmächtiges Narrativ**

Es war ein Besuch mit symbolischer Strahlkraft: Als Muḥammad b. Salmān im Februar 2019 zum ersten Mal Pakistan in seiner Funktion als saudischer Kronprinz besuchte (vgl. Riedel, 13.02.2019; Henderson 2019) und dort den pakistanischen Premierminister Imran Khan (reg. seit dem 18. August 2018) traf, bekundeten beide mit emotionalem Pathos ihren gegenseitigen Respekt und das traditionell enge bilaterale Verhältnis. Die Ankunft des jungen saudischen Kronprinzen wurde umfassend in den Medien dokumentiert, auf Plakaten wurde der saudisch-pakistanischen Freundschaft gehuldigt und über soziale Medien Eintracht in den Beziehungen und eine gemeinsame Zukunftsvision proklamiert: „Pakistani officials were tasked with sourcing 3,500 pigeons to release on the prince’s arrival. There was dancing on the streets. Air force jets escorted the prince’s plane as it entered our airspace. Yes, it was a royal welcome“ (Hanif, 19.02.2019). Muḥammad b. Salmān bezeichnete sich selbst als „Botschafter aller Pakistaner“ (Ahmed, 18.02.2019) und sagte: „We believe that Pakistan is going to be a very, very important country in the coming future and we want to be sure we are part of that“ (zitiert in Khan, 17.02.2019). Während der Reise wurden Absichtserklärungen für gemeinsame wirtschaftliche Projekte in Höhe von 20 Mrd. US-Dollar unterzeichnet (vgl. Zahra-Malik, 18.02.2019).

Es sind Besuche wie solche, die seit Jahrzehnten das enge Verhältnis beider Staaten symbolisieren. Insbesondere die wirtschaftliche und politische Nähe zum „Partner“ Saudi-Arabien prägt bei den untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen die Wahrnehmung auf das saudisch-pakistanische Verhältnis: „Politisch und wirtschaftlich ist Saudi-Arabien sehr wichtig, was auch von Politik und Medien hier immer wieder betont wird“ (IMG\_ISL, Interview, 25.02.2016, Islamabad, #00:21:25–0#). So beschreibt ein renommierter Kolumnist und Politikwissenschaftler, der in Deutschland studiert und gelehrt hat, und deswegen sehr gutes Deutsch spricht, die bilateralen Beziehungen. Darum wirke die selbstverständliche Nähe zwischen den beiden Staaten auf den ersten Blick unerschütterlich. Auf diesen Umstand rekurriert auch HAY\_ISL, die für

## 5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

das MRC in Islamabad als Projektmanagerin fungiert. Verantwortlich dafür sei die pakistanische Regierung:

„The state has created the narrative about Saudi Arabia for so long: They are our brothers, they are the custodian of the holy shrines and so on, they are our brothers. They gave us oil when they were in trouble. They take our labour force and have done so much for us. This has influenced the mindset. The narrative is very strong“ (HAY\_ISL, Interview, 24.02.2016, Islamabad, #00:50:13–0#).

Bei diesem Narrativ handelt es sich um eine historische Konstante, die vor allem seit den 1970er Jahren aus politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten entstanden ist und bis heute andauert; davon ist der Leiter der HRCP überzeugt (vgl. REH\_LAH, Interview, 29.01.2016, Lahore, #00:09:43–7#). Aus diesem Grunde kann eine kritische mediale und politische Diskussion um Saudi-Arabien kaum stattfinden, betonen auch andere Interviewpartner\*innen, die sich intensiv mit den bilateralen Beziehungen zwischen Pakistan und dem Königreich aus journalistischer Perspektive beschäftigt haben (vgl. THE\_LAH, Interview, 13.02.2016, Lahore; BAD\_ISL, Interview, 25.02.2016, Islamabad). Stattdessen wird nicht der saudischen Führung, sondern der pakistanischen Regierung vorgeworfen, die Einflussnahme des Königreichs über Jahrzehnte zugelassen zu haben, wie der Journalist und Teilnehmer am Fellowship-Programm 2016 von PANOSA South Asia SIA\_LAH ausführt (vgl. Interview, 05.02.2016, Lahore, #00:57:58–6#). Dies liegt auch an den engen persönlichen Beziehungen der pakistanischen Gatekeeper\*innen zu Saudi-Arabien: Während meiner Feldforschung fungierte noch Nawaz Sharif zum dritten Mal nach 1990–1993 und 1997–1999 als Premierminister, ehe er 2017 wegen Korruptionsvorwürfen des Amtes enthoben wurde (vgl. Masood, 06.07.2018). Einige wissenschaftliche Vertreter\*innen und einflussreiche Journalisten bezeichnen Sharif als „Günstling Saudi-Arabiens“, der auf geschäftlicher und beruflicher Ebene enorm von seinen engen Beziehungen zu führenden Mitgliedern des Königshauses profitiert hätte (vgl. QAS\_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore; RAZ\_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore). Zwischen 1999 und 2011 hatte er sich in Saudi-Arabien im Exil aufgehalten (vgl. Harding, 11.12.2000). Nach seiner Verurteilung 2017 hatte die saudische Regierung erneut angeboten, Sharif aufzunehmen, was allerdings vom neu gewählten pakistanischen Premierminister Imran Khan abgelehnt worden war (vgl. *Times of Islamabad*, 01.08.2018).

Dieses von den untersuchten Öffentlichkeitsakteur\*innen thematisierte besondere Verhältnis beider Staaten (vgl. Amin 2014: 11) beruht neben solchen persönlichen Patronagenetzwerken auf politischer, wirtschaftlicher, militärischer und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit, wobei Saudi-Arabien sogar außen- und innenpolitische Entscheidungen mitbeeinflussen konnte, wie

in der Literatur dargelegt wird (vgl. Walsh, 01.12.2010). Die Sichtweise vieler der von mir untersuchten Öffentlichkeitsakteur\*innen wird daher auch von der in der Forschung detailliert dokumentierten historischen Genese der bilateralen Beziehungen seit den 1940er Jahren geprägt: 1943 – bereits vor der Gründung des Staates Pakistan – soll der damalige saudische König und Staatsgründer des Königreichs, Ibn Sa‘ūd, 16.000 Pfund Sterling Unterstützungszahlungen geleistet haben, um die indischen Muslime in ihrem Streben nach Unabhängigkeit zu unterstützen (vgl. Rizvi 1981: 82). 1951 wurde der erste Freundschaftsvertrag zwischen beiden Staaten geschlossen, um die politische und wirtschaftliche Kooperation zu stärken, ehe 1954 König Sa‘ūd, Sohn Ibn Sa‘ūds, Pakistan zum ersten Mal besuchte. 1960 folgte der Gegenbesuch des pakistanischen Präsidenten General Muhammad Ayub Khans (reg. 1958–1969) (vgl. Kessing’s Contemporary Archives, 11.-18.11.1961: 18434). 1966 und 1974 bezeugten die Staatsbesuche König Faišals (reg. 1964–1975) die intensivierten Beziehungen, die 1976 von König Ḥālid (reg. 1975–1982), in den 1980er Jahren von König Fahd (reg. 1982–2005) und unter dem damaligen Kronprinzen und späterem König ‘Abdalāh mit Besuchen 1984, 1988, 1997 und 2003 fortgesetzt wurden. 2006 reiste letzterer dann als neuer König nach Pakistan, während der jetzige König Salmān (reg. seit Januar 2015) im Februar 2014, damals noch in seiner Funktion als Kronprinz und kurz vor seiner Thronbesteigung im Januar 2015, in Pakistan über verbesserte Zusammenarbeit in der syrischen Krise debattierte. Im Januar 2019 folgte der bereits erwähnte Besuch Muḥammad b. Salmāns.

Solche hochrangigen Besuche markieren wesentliche Meilensteine in der Entwicklung strategischer Beziehungen. Hinzu kommen ähnliche politische Interessen: So verbindet beide Staaten eine gemeinsame Haltung im Kaschmir- sowie dem palästinensisch-israelischen Konflikt, in denen sich Pakistan und Saudi-Arabien traditionell ihren diplomatischen Beistand versichern (vgl. UN 2006). Auch deswegen kann Saudi-Arabien neben den USA und China als wichtigster externer Akteur in Pakistan bezeichnet werden (vgl. Cohen 2011: 10).

So verfolgt Pakistan noch immer das strategische Interesse, enge Beziehungen zu Saudi-Arabien zu bewahren, um damit eine Annäherung des Königreichs an Indien zu verhindern, wie der bekannte Migrationswissenschaftler NOB\_LAH konstatiert (vgl. Interview, 26.01.2016, Lahore) und sich hierbei auf bestehende Einschätzungen in der politikwissenschaftlichen Forschung beruft: Für Pakistan bedeutet die „complex antagonistic relationship“ (Amin 2014: 2) mit Indien eine sicherheitspolitische Legitimation der militärischen Kapazitäten sowie ein identitätsstiftendes, fast schon obsessives Element (vgl. Amin 2014: 10) bzw. ein „stabiles Feindbild“ (Kellerhoff 2010: 21). Diese Rivalität resultierte nach der traumatischen Teilung Britisch-Indiens 1947 (vgl. Nichols 2011: 140; Clarke et al. 1990) nicht nur in drei Kriegen (1947, 1965 und 1971) sowie einem begrenzten militärischen Konflikt im kaschmirischen Kargil 1999, sondern auch

## 5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

in pakistanischen Selbstzweifeln und nationalen Minderwertigkeitskomplexen (vgl. Mielke/Schetter 2013: 67). Als Konsequenz habe „antiindische Agitation“ den „politischen Diskurs ins Religiöse“ verschoben (vgl. Hippler 2008: 56). Dem stimmt auch der pakistanische Journalist RAS\_LAH zu: Indien diene noch immer trotz asymmetrischer und asynchroner wirtschaftlicher Entwicklungen als Projektionsfläche pakistanischer Sehnsüchte, Ängste und Bedrohungsperzeptionen (vgl. Interview, 23.01.2016, Lahore) – mit gravierenden Konsequenzen für die konfliktreiche Entwicklung des pakistanischen Staatswesens (vgl. Sheikh 2013).

RAS\_LAHs Aussage steht stellvertretend für die Perzeptionen anderer Öffentlichkeitsakteur\*innen, die in der Rivalität mit Indien einen wesentlichen Aspekt für die engen saudisch-pakistanischen Beziehungen sehen. Diese Wahrnehmung wird durch historische Analysen unterstützt: Bestand während des Kalten Krieges aufgrund der politischen Nähe Indiens zu Ägypten, das sich wegen des arabischen Nationalismus unter Ġamāl ‘Abd an-Nāṣir in ideologischer und politischer Konkurrenz mit Saudi-Arabien befand (vgl. Al-Habbas 2011: 304), noch eine deutliche Distanz des pakistanischen Nachbarn zum pro-amerikanischen Königreich, hat sich dies seitdem verändert (vgl. Ahmed/Bhatnagar 2010: 267f., 285), zumal die historischen Handelsbeziehungen bzw. die Pilgerfahrt indischer Muslime nach Mekka und Medina zwischen dem Subkontinent und der arabischen Halbinsel ein jahrhundertealtes transkulturelles und -nationales Netzwerk darstellen (vgl. Al-Habbas 2011: 303). Insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren zeigte sich das Königreich verstärkt daran interessiert, die Beziehungen mit Indien zu verbessern, ohne die enge Partnerschaft mit Pakistan zu gefährden. Damals sah es sich aufgrund des libanesischen Bürgerkriegs (1975–1990) sowie des Ersten Golfkriegs zwischen Iran und Irak (1980–1988) zunehmend regionaler Fragilität und sicherheitspolitischer Destabilisierung gegenüber (vgl. Pasha 2007: 134). Doch diese Annäherung gestaltete sich als Balanceakt, da die indische Neutralität während des Einmarsches Iraks in Kuwait 1991 sowie der Zerstörung der sunnitischen Babri-Moschee 1992 die indisch-saudischen Beziehungen belastete (vgl. NAY\_LAH, Interview, 21.01.2016). Dennoch blieb Indien für Saudi-Arabien aus wirtschaftlichen Gründen von Bedeutung, während aus indischer Perspektive die Stabilität des Königreichs gewahrt bleiben muss, um das Risiko von Drogenschmuggel zu minimieren, die Freiheit von Handelsrouten zu garantieren und religiösen Extremismus zu reduzieren (vgl. Janardhan 2007). So unterhalten Indien und Saudi-Arabien enge wirtschaftliche Beziehungen, die einerseits auf saudischen Ölexporten und andererseits der Entsendung von indischen Arbeitsmigranten beruhen. Saudi-Arabien deckt etwa 25% der indischen Energieimporte (vgl. Hussain 2006: 90; Azhar 2008: 330), und zwischen 1975 und 2016 stieg die Zahl der indischen Arbeitsmigranten in Saudi-Arabien von 34.500 auf 2,96 Millionen.

2015 wurden insgesamt 36 Mrd. US-Dollar an Rücküberweisungen aus Saudi-Arabien nach Indien transferiert, was einem Anteil von 52% der Gesamtrücküberweisungen entspricht (vgl. Pande, 03.04.2016). 2014/15 lag das bilaterale Handelsvolumen bei 39,4 Mrd. US-Dollar. Somit ist Indien der fünftwichtigste Wirtschaftspartner für Saudi-Arabien. Gleichsam haben saudische Investoren landwirtschaftliche nutzbare Flächen in Indien sowie in Afrika und Zentralasien erworben, um Nahrungsmittelsicherheit (*food security*) für das agrarisch benachteiligte Königreich sicherzustellen (vgl. Woertz et al. 2008).<sup>44</sup> Saudi-Arabien gestand Indien Beobachterstatus bei der OIC zu (vgl. Al-Habbas 2011: 307). Diese Hinwendung zu Indien gilt als Ausdruck der außenpolitischen Diversifizierung Saudi-Arabien nach Asien (*pivot to Asia*, vgl. Nakano/ Verrastro 2017; Rothkopf, 24.04.2015; Al-Habbas 2011: 298).

Pakistan fürchtet aufgrund dieser indisch-saudischen Annäherung eine Verschiebung der bilateralen Partnerschaft zu seinen Ungunsten. Deswegen weist die Aufrechterhaltung der engen Beziehungen zu Saudi-Arabien auch anti-indische Implikationen auf: Je positiver sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Indien und dem Königreich entwickeln, desto mehr sorgt sich die pakistanische Wirtschaft um ihre Geschäftsmöglichkeiten mit saudischen Partnern, betont DIE\_LAH, Politikwissenschaftler am pakistanischen Forschungsinstitut Institute for Peace and Secular Studies (IPSS) und Experte für pakistanische Außenpolitik (vgl. Interview, 28.01.2016, Lahore). Statistiken zum Handelsvolumen beider Länder unterstreichen seine Einschätzung: Immerhin ist Saudi-Arabien einer der 15 wichtigsten Exportpartner Pakistans, das Handelsvolumen umfasst jährlich etwa 4 Mrd. US-Dollar (vgl. Alam et al. 2013: 209). So profitiert Pakistan vor allem von saudischen Ölimporten und in geringerem Umfang von der Einfuhr von Datteln, Aluminium und Kupfer, während die Exporte ins Königreich landwirtschaftliche Produkte wie Reis, Obst und Gemüse, Textilien und Baumwolle, Sportartikel, Gewürze und Teppiche beinhalten, wobei ein deutliches Handelsbilanzdefizit zugunsten Saudi-Arabiens besteht. Das Volumen der saudischen Direktinvestitionen bewegte sich im Gegensatz zum Handel zwischen 2000 und 2010 mit 787,1 Mio. US-Dollar auf deutlich niedrigerem Niveau und unterlag temporären Schwankungen (siehe [Tabelle 4](#)). Seit 2004 bestehen Bemühungen, ein bilaterales Freihandelsabkommen zu schließen (vgl.

---

<sup>44</sup> Im Februar 2014 schlossen beide Staaten in Neu-Delhi ein bilaterales Verteidigungsabkommen (vgl. Panda, 27.02.2014). Der Besuch des damaligen Königs ‘Abdallah im Jahr 2006 in Delhi (vgl. Ahmed/Bhatnagar 2010: 263) unterstrich die gewachsene Bedeutung der bilateralen Beziehungen. Beim Staatsbesuch des seit 2014 amtierenden indischen Premierministers Narendra Modi im März 2016 in Riad wurde ihm als Zeichen des Respekts von König Salmān die höchste saudische zivile Auszeichnung verliehen (vgl. *The Indian Express*, 03.04.2016).

## 5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

**Tabelle 4.** Handelsvolumen zwischen Pakistan und Saudi-Arabien (2000–2010) (in Mio. US-Dollar). *Quelle: Alam et al. 2013: 211.*

Jahr	Exporte	Importe	Gesamt
2000–2001	274,80	1.252,80	1.527,60
2001–2002	329,50	1.201,30	1.530,80
2002–2003	476,00	1.302,40	1.778,40
2003–2004	348,60	1.779,20	2.127,80
2004–2005	352,70	2.479,30	2.832,00
2005–2006	329,30	2.994,80	3.324,10
2006–2007	289,10	3.492,30	3.781,40
2007–2008	381,80	5.354,90	5.736,70
2008–2009	456,30	4.288,00	4.744,30
2009–2010	393,10	3.385,60	3.778,70

Ahmed/Bhatnagar 2010: 272). Längst existieren Institutionen zur bilateralen Wirtschaftsförderung wie z. B. der Pakistani-Saudi Joint Business Council (vgl. de Cordier 2013: 3). Im Bereich der Nahrungsmittelsicherheit erwerben Saudi-Arabien und andere arabische Golfmonarchien landwirtschaftliche Nutzflächen in Pakistan (vgl. de Cordier 2014: 18).

Auch in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit erwies sich Saudi-Arabien seit den 1960er Jahren in Zeiten humanitärer Krisen als wichtigster Geber Pakistans (vgl. Bakrania 2012: 7): Zwischen 1973 und 1980 erhielt Pakistan zinsfreie Anleihen in Höhe von 502 Mio. US-Dollar (vgl. Razvi 1981: 87). Aufgrund der wirtschaftlichen Missstände innerhalb Pakistans und der desolaten Haushaltslage haben sich diese Unterstützungsleistungen zu einem wesentlichen Faktor der wirtschaftlichen Stabilität entwickelt. Insbesondere regionale Krisen wie die Abspaltung Bangladeschs 1971 sowie der militärische Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan in den 1980er Jahren, der zu einem sprunghaften Anstieg afghanischer Flüchtlinge in Pakistan führte (vgl. Khan 2017; Ghufuran 2011; Nichols 2011: xi), belasteten die pakistanische Wirtschaft neben den strukturellen Problemen im Inland massiv.<sup>45</sup> Diese entwicklungspolitische und humanitäre Unterstützung setzte sich auch im neuen Jahrtausend fort: Zwischen 2004 und 2009 bewilligte Saudi-Arabien mit 19% die zweithöchsten Unterstützungszahlungen nach den USA (38%) (vgl. de Courdier 2013: 9), die entweder auf bilateraler Ebene oder durch die Islamic Development Bank (IsDB) geleistet wurden, über die Saudi-Arabien als wichtigster Teilnehmer mit 23,61% (gefolgt von Libyen mit 9,47%, Iran mit 8,28%, Nigeria mit 7,69% und Katar mit 7,21%) eine gewisse Kontrolle ausübt, obwohl die IsDB als multilate-

<sup>45</sup> Insgesamt suchten zwischen 1979 und 2012 bis zu 5,5 Millionen afghanische Flüchtlinge Zuflucht in Pakistan (vgl. Mielke/Schetter 2013: 22).



## 5.1 Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Saudi-Arabien

rale Organisation 57 Mitgliedsstaaten umfasst (vgl. de Courdier 2014: 24).<sup>46</sup> Präsident ist der ehemalige saudische Minister für die Pilgerfahrt, Dr. Bandar M. H. Hajjar, was den Eindruck verfestigt, die IsDB stehe unter verstärkt saudischem Einfluss, zumal sich auch die Zentrale der Entwicklungsbank in der saudischen Hafenstadt Dschidda befindet. Mit saudischer Unterstützung stieg der Anteil der externen Hilfsleistungen von 0,4% am Bruttoinlandsprodukt im Jahr 1960/61 (342 Mio. US-Dollar) auf zwischenzeitlich 3,8% (2,31 Mrd. US-Dollar) im Jahr 2002/03. Allerdings unterliegt die entwicklungspolitische Unterstützung Saudi-Arabiens gravierenden Schwankungen, die sich vor allem auf innenpolitische Interessen zurückführen lassen (vgl. Sons/Wiese 2016; Sons 2018a). Somit betrug das Volumen der Zuwendungen an Pakistan zwischen 2013 und 2016 nur noch 343,8 Mio. US-Dollar, was einem jährlichen Durchschnitt von 68,8 Mio. US-Dollar entspricht (vgl. Rana, 11.03.2016). Aufgrund der regionalen Destabilisierung in Folge der „Arabischen Umbrüche“ in der direkten Nachbarschaft sah sich die saudische Führung zuerst unter König ‘Abdallāh (reg. 2005–2015) und seit Januar 2015 unter König Salmān genötigt, loyale Kräfte in Syrien, Ägypten, Jordanien, Bahrain und Jemen zu unterstützen, um Auswirkungen der regionalen Protestwellen auf die nationale Stabilität zu vermeiden und den „Status quo“ zu bewahren (vgl. al-Rasheed 2015; Sunik 2014; Watanabe 2015; Rieger/Sons 2016; Sons/Wiese 2015; Al Tamamy 2012; Echagüe 2013; Seikaly/Mattar 2014; Steinberg 2014a; Hertog, 31.05.2011; Wehrey 2014; ). So haben sich die Hilfsleistungen an Pakistan auch deswegen seit 2011 reduziert, da Syrien, Ägypten und vor allem Jemen zu den wichtigsten Empfängern saudischer Unterstützung geworden sind (vgl. Glosemeyer 2018; Wiese 2016; Wiese 2018; Sons et al. 2017).

Diese politische und wirtschaftliche Nähe wird von den untersuchten Öffentlichkeitsakteur\*innen als einseitiges Abhängigkeitsverhältnis geschildert, unter der Pakistan auf diversen Ebenen leidet, wie einige Sozialwissenschaftler und Investigativjournalisten festhalten (vgl. RAI\_LAH, Interview, 26.01.2016,

---

<sup>46</sup> So wurden nach dem Erdbeben 2005 673 Mio. US-Dollar für humanitäre Hilfsleistungen und den infrastrukturellen Wiederaufbau gewährt. Im Jahr 2010 flossen nach den verheerenden Überflutungen (vgl. Talbot 2012: 204) 196,7 Mio. US-Dollar (davon 142,2 Mio. US-Dollar in Form von konditionsfreien Finanzleistungen) (vgl. Smith 2011: 7) sowie etwa 40 Mio. US-Dollar an Privatspenden nach Pakistan (vgl. Rogers, 09.08.2010). 2014 sagte die saudische Regierung Finanzausschüsse in Höhe von 1,5 Mrd. US-Dollar zu, die das chronische pakistanische Haushaltsdefizit ausgleichen sollten (vgl. Zahra-Malik, 13.03.2014). 2016 folgten dann 122 Mio. US-Dollar (67 Mio. US-Dollar in Form von Zuschüssen, 55 Mio. US-Dollar als Anleihen) für den Aufbau von Infrastrukturmaßnahmen wie den Bau von zwei Tunneln in der Nähe von Muzaffarabad (vgl. Kiani, 11.03.2016).

Lahore; RAT\_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore). Zwar erkennen sie die dominante Funktion Saudi-Arabien als Partner an, kritisieren aber die existenzielle Bedeutung des Königreichs für das politische und wirtschaftliche „Überleben“ Pakistans, wie es gleichermaßen Kulturwissenschaftler und Online-Journalisten bezeichnen (vgl. MOE\_LAH, Interview, 22.01.2016, Lahore; AAL\_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore). In diesen asymmetrischen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen liegt nach Meinung vieler untersuchter Öffentlichkeitsakteur\*innen ein Hauptgrund für die nationale Fragilität Pakistans. Sie bedauern diese Entwicklung und sehen in der Hinwendung zu Saudi-Arabien einen wesentlichen Aspekt für die vielfältige Misere des pakistanischen Wirtschafts- und Politiksystems. Dabei reicht ihre Haltung von pragmatisch-analytischen Einschätzungen bis hin zu verbitterten und resignativen Äußerungen, in denen sich eine tief empfundene Unzufriedenheit widerspiegelt, die in der einseitigen politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von Saudi-Arabien wurzelt. Im Sinne einer positiven Entwicklung Pakistans müsse sich aus ihrer Sicht diese Abhängigkeit reduzieren, doch aufgrund der engen wirtschaftlichen, politischen und persönlichen Netzwerke sei eine „Emanzipation“ vom „Bruderstaat“ weder politisch gewollt noch mittelfristig zu realisieren.

Basierend auf dieser kritischen Haltung erwachsen für die untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen gravierende Probleme, ihre Anliegen mit Bezug zu Migration nach Saudi-Arabien sichtbar werden zu lassen. Die politische und wirtschaftliche Nähe zu Saudi-Arabien stelle in der öffentlichen Diskussion eine Art „Naturgesetz“ dar, wie es ein Journalist umschreibt, der vor allem in den nördlichen Stammesgebieten an der Grenze zu Afghanistan für den Radiosender *Tribal News Network* arbeitet (AFR\_ISL, Interview, 22.02.2016, Islamabad). Jeder, der diese symbiotische Beziehung in Frage stelle, gerate in Konflikte mit traditionellen Gatekeeper\*innen und werde in seinem medialen Wirken behindert. Dazu trägt auch die enge Zusammenarbeit im militärisch-sicherheitspolitischen Bereich bei.

### **5.2 Die sicherheitspolitische Kooperation mit Saudi-Arabien: Streben nach Neutralität**

Pakistan und Saudi-Arabien streben in ihrer Außen- und Regionalpolitik vor allem nach der Bewahrung der regionalen Stabilität, was von führenden Migrationswissenschaftlern und Journalisten in den Interviews immer wieder betont wird (vgl. QAS\_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore; DIE\_LAH, Interview, 28.01.2016, Lahore). Auch in diesen Wahrnehmungen orientieren sich die Öffentlichkeitsakteur\*innen an Einschätzungen aus der Forschungsliteratur, obwohl ihnen viele der militärischen Details nicht bekannt sind. Aus pakistani-

scher Perspektive dienen die arabischen Golfmonarchien als „backyard“, denn: „The collapse of Gulf stability would inevitably affect the wider region and might even destabilize Pakistan“ (Qamar 1991: 16). Um diese Interessen zu schützen, engagiert sich das pakistanische Militär insbesondere in Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen der saudischen Militäreinheiten und stellte in Zeiten regionaler Konflikte umfassende Truppenkontingente zum Schutz Saudi-Arabiens zur Verfügung (vgl. Siddiq 2007; Nawaz 2008: xxviii; Mielke/Schetter 2013: 115). Bereits Ende der 1960er Jahre wurden pakistanische Ausbilder und Piloten der Pakistan Air Force nach Saudi-Arabien entsandt, um saudische Anwärter der Luftwaffe zu trainieren und auf ihren Kampfeinsatz im jemenitischen Bürgerkrieg gegen den von Ägypten unterstützten Südjemen vorzubereiten (1962–1968) (vgl. Heinze 2016; ICG 2015; Transfeld 2014; Knights/Mello 2015). Weiterhin halfen pakistanische Luftwaffenexperten, die Saudi Royal Air Force aufzubauen (vgl. Hoodhboy 2014: 163). 1967 wurde das erste formelle bilaterale Sicherheitsabkommen geschlossen, ehe während der Besetzung der Großen Moschee von Mekka 1979 (vgl. Teitelbaum 2000; Buchan 1981; Hegghammer 2010; Reissner 1980; Peil 2004) auch pakistanische Militäreinheiten von saudischer Seite angefordert wurden, gegen die Geiselnnehmer um Ğuhaiman al-‘Utaibi vorzugehen – wengleich deren Bedeutung bei der Niederschlagung der Aufständischen vor allem innerhalb Pakistan überhöht wurde, um damit der Mystifizierung des Militärs Vorschub zu leisten (Siddiq, o. J.). Im selben Jahr wurde eine Absichtserklärung ratifiziert, welche als Grundlage diente, in den 1980er Jahren die militärische und geheimdienstliche Kooperation auszuweiten: Bis 2013 sollen auf deren Basis 8.255 saudische Verteidigungskräfte in Pakistan ausgebildet worden sein (vgl. National Assembly Secretariat 2014: 15).

Insbesondere durch die Islamisierungspolitik Zia ul-Haqs, die sich auch auf den Militärapparat auswirkte, wurde die militärische Kooperation zunehmend auch als Ausweitung des ideologischen „Sendungsbewusstseins“ (Kellerhoff 2010: 20) mit enger Anbindung an die islamisch-arabische Welt instrumentalisiert (vgl. dazu auch 5.3). Im Zuge dieser Politik wurde im Dezember 1982 in der saudischen Hauptstadt Riad die Organisation of Saudi-Pakistani Armed Forces ins Leben gerufen, um die militärische Zusammenarbeit zu konkretisieren und zu institutionalisieren (vgl. Zamarayeva, 30.03.2014; Khan 2008).<sup>47</sup> Somit befanden sich in den 1980er Jahren etwa 15.000 pakistanische Soldaten im Königreich (vgl. Hyman et al. 1988: 86). Allerdings musste Pakistan 1988 einen Großteil dieser Truppeneinheiten abziehen, da die saudische Regierung keine Soldaten mehr auf eigenem Territorium dulden wollte, die Anhänger der

---

<sup>47</sup> Im Anschluss wurde u. a. von 1982 bis 1988 je eine Brigadeeinheit in Tabūk und Ğamīs Muṣaiṭ stationiert (Khan 2014: 41).

## 5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

Aḥmadiya oder Schiiten waren, um politischen Dissonanzen vorzubeugen (vgl. Clarri/Karlin 2012). Vor dem Hintergrund des irakischen Einmarsches in Kuwait im August 1990 wurden jedoch während der ersten Amtszeit Nawaz Sharifs (reg. 1990–1993) wieder 11.000 Soldaten zum Schutz des Königreichs nach Saudi-Arabien entsandt, um die saudisch-jemenitische Grenze sowie die Heiligen Stätten Mekka und Medina abzusichern (vgl. Ahmed/Bhatnagar 2010: 297; Talbot 2005: 316).<sup>48</sup> Während des Ausbruchs öffentlicher Proteste und der anschließenden Entsendung von saudischen und emiratischen Truppeneinheiten nach Bahrain im Jahr 2011 wurden auch 2.500 pakistanische Soldaten sowie private Sicherheitskräfte im Auftrag des pakistanischen Militärs eingesetzt (vgl. Zakaria, 16.08.2013; Mashal, 30.11.2011; Prashad, 08/2013).

Diese enge militärische Zusammenarbeit erstreckt sich auch auf das pakistanische Nuklearwaffenprogramm: Die erfolgreichen pakistanischen Atomwaffentests im Jahr 1998 als Reaktion auf die indische nukleare Aufrüstung zogen als Konsequenz internationale Sanktionen gegen Pakistan nach sich. Saudi-Arabien hielt sich mit Kritik an den pakistanischen Maßnahmen allerdings zurück und setzte trotz der Sanktionen seine Zusammenarbeit mit Pakistan fort: Das Königreich lieferte Pakistan pro Tag kostenlos 100.000 Barrel Rohöl und 70.000 Barrel Heizöl über einen Zeitraum von fünf Jahren (vgl. Ahmed/Bhatnagar 2010: 273).<sup>49</sup> Insgesamt sollen die Öllieferungen einen Wert von 3,4 Mrd. US-Dollar und damit 23% aller pakistanischen Ölimporte umfasst haben (vgl. Ahmad/Faisal: 31).<sup>50</sup> Mit der Unterstützung des Nuklearwaffenprogramms errang Saudi-Arabien öffentliche Popularität in Pakistan und soll dessen Aufbau seit den 1970er Jahren mit insgesamt einer Milliarde US-Dollar unterstützt haben (vgl. Wehrey 2012: 6). 1979 wurden erste Fortschritte erzielt und unter Zia ul-Haq die geheimen Nukleartests fortgesetzt (vgl. Amin 2014: 81). In der Literatur und unter den von mir befragten Expert\*innen wird kontrovers diskutiert, ob der Erwerb von Nuklearwaffen für Pakistan auch vor dem Hintergrund vorangetrieben wurde, die militärische Partnerschaft mit Saudi-Arabien zu intensivieren und im Bedarfsfall dem Königreich einen nuklearen „Schutz-

---

<sup>48</sup> Führende Mitglieder des saudischen Königshauses wie der frühere Kronprinz Muqrin b. ‘Abd al-‘Azīz Āl Sa‘ūd und der ehemalige Leiter des saudischen Geheimdienstes Bandar b. Sulṭān b. ‘Abd al-‘Azīz Āl Sa‘ūd durchliefen Fortbildungen an pakistanischen Militärausbildungszentren (vgl. Alam, 07.06.2016). Seit 1993 finden regelmäßige Manöver der saudischen und pakistanischen Marine statt (vgl. Mehmood 2013) und seit 2001 werden in Joint Ventures leichte Waffen und Munition produziert (vgl. Lavoy 2005).

<sup>49</sup> Andere Quellen sprechen von 50.000 Barrel Rohöl am Tag (vgl. Riedel 2008).

<sup>50</sup> Im Vorfeld der Tests hatte der damalige saudische Außenminister Sa‘ūd b. Faiṣal b. ‘Abd al-‘Azīz Āl Sa‘ūd sogar das Privileg erhalten, die Anlagen in Kahuta zu inspizieren, was anderen Staatsgästen verwehrt worden war (vgl. Hoodhboy 2014: 162).

schirm“ vor einer iranischen Bedrohung zur Verfügung zu stellen (vgl. Clarri/Karlin 2012; Sanger, 13.05.2015; Dalton/Krepon 2015). In diesem Zusammenhang wird Pakistan auch als „wild card“ des Königreichs bezeichnet (vgl. Blank 2015). So soll Pakistan vor dem Hintergrund der saudischen Unterstützung zugesichert haben, dem Königreich sechs nukleare Gefechtsköpfe sowie technisches Beratungspotenzial bei Bedarf zur Verfügung zu stellen (vgl. Wehrey 2012: 6). Dieser These widerspricht allerdings Hoodhboy, der stattdessen betont, dass weder das Konzept einer „islamischen Bombe“ noch die Schutzfunktion für Saudi-Arabien ausreichende Argumente für die nukleare Bewaffnung Pakistans gewesen seien, sondern vor allem der Konflikt mit Indien (vgl. Hoodhboy 2014: 153). So habe es nach der Iranischen Revolution 1979 pakistanische Unterstützung zur Wiederaufnahme des iranischen Nuklearprogramms gegeben (vgl. Hoodhboy 2014: 154). Doch die unter Präsident Pervez Musharraf (reg. 2001–2008) erfolgte politische und militärische Annäherung an die USA (vgl. Mielke/Schetter 2013: 103) wirkte sich auf die Unterstützung Pakistans für das iranische Atomprogramm aus, die daraufhin eingestellt wurde (vgl. Hoodhboy 2014: 158). Auch die saudische Forderung an die pakistanische Regierung, gegenüber Irans Nuklearambitionen eine reservierte Haltung einzunehmen, zeigte Wirkung: Immerhin hätte ein erfolgreiches iranisches Nuklearwaffenprogramm auf saudischer Seite dazu führen können, als Gegenreaktion ebenso waffenfähiges Uran anreichern zu wollen. Diese Gefahr eines nuklearen Wett-rüstens (vgl. Fitzpatrick 2015: 105) will die pakistanische Regierung aus Sicherheitsgründen vermeiden, fürchtet sie doch direkte Auswirkungen auf die nationalen Partikularinteressen und die regionale Stabilität, wenn sie sich zwischen Saudi-Arabien und Iran entscheiden müsste (vgl. Hoodhboy 2014: 159).<sup>51</sup>

Die enge militärische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit wird aus Sichtweise der von mir untersuchten Öffentlichkeitsakteur\*innen als wesentliches Charakteristikum der bilateralen Beziehungen definiert und ambivalent beurteilt: Ein Teil der Gesprächspartner\*innen sieht in dieser Kooperation eine Notwendigkeit, um die pakistanische Stabilität in einem volatilen Umfeld zu bewahren, welches von der regionalen Rivalität mit Indien und der Fragilität Afghanistans und auf globaler Ebene von dem wirtschaftlichen, geostrategi-

---

<sup>51</sup> Durch die Aufkündigung des iranischen Atomabkommens (*Joint Comprehensive Plan of Action*, JCPOA) durch US-Präsident Donald Trump im Mai 2018 bestand erneut die Möglichkeit zur Wiederaufnahme des iranischen Atomprogramms, was das Risiko einer regionalen Verbreitung von Nuklearwaffen wieder Bestandteil der politischen und öffentlichen Diskussion werden ließ (vgl. Sons 2018b). So betonte der saudische Kronprinz Muḥammad b. Salmān, dass in einem solchen Falle auch Saudi-Arabien danach streben werde, sich atomar bewaffnen zu wollen, ohne dabei jedoch ins Detail zu gehen (vgl. *Reuters*, 15.03.2018).

## 5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

schen und sicherheitspolitischen Konkurrenzverhältnis zwischen den USA, China und Russland geprägt wird (vgl. RAF\_LAH, Interview, 06.02.2016, Lahore). Interviewte Journalisten, die sich hauptsächlich mit außen- und sicherheitspolitischen Fragen beschäftigen und sich selbst als gegenüber der pakistanischen Regierung kritische Mahner verstehen, begreifen diese militärische Nähe als weiteren Pfeiler des asymmetrischen Abhängigkeitsverhältnisses zwischen Pakistan und Saudi-Arabien. Sie betonen, dass diese Zusammenarbeit dazu beigetragen habe, die gesellschaftliche und politische Omnipräsenz des pakistanischen Militärs und des Geheimdienstes ISI zu stärken (vgl. JOV\_LAH, Interview, 30.01.2016, Lahore; BAD\_ISL, Interview, 25.02.2016, Islamabad). Diese „ungesunde Nähe“, wie es der Journalist NAY\_LAH des Fernsehsenders *Channel City 42* umschreibt (vgl. Interview, 21.01.2016, Lahore), habe dazu geführt, Pakistan in den letzten Jahrzehnten zu einer Marionette des Königreichs zu degradieren, die keine eigenen regionalpolitischen und wirtschaftlichen Interessen mehr vertreten könne, ohne sich bei dem „Schutzpatron“ rückversichern zu müssen.

Akteur\*innen mit ähnlich skeptischen Sichtweisen im Hinblick auf die Nähe Pakistans zu Saudi-Arabien fürchten darüber hinaus eine Eskalation der regionalen Rivalität zwischen Saudi-Arabien und Iran und sorgen sich vor einem „Stellvertreterkrieg“ auf pakistanischem Territorium, wie es der Direktor der HRCP umschreibt: „Pakistan became the battleground for a proxy war between Saudi Arabia and Iran“ (REH\_LAH, Interview, 29.01.2016, Lahore, #00:17:03–6#). Äußerte er sich in diesem Interview ansonsten zumeist abwägend und zurückhaltend differenziert, durchzieht seine Aussagen zur Gefahr eines „Stellvertreterkrieges“ auf pakistanischem Boden durchaus eine emotionale Erregtheit, die sich in einer lauterem Tonlage und einer ausgreifenden Gestik zeigt.

Für Pakistan erfährt die Partnerschaft mit Saudi-Arabien auch in der Literatur vor dem Hintergrund der direkten Nachbarschaft mit Iran immense Bedeutung (vgl. Bjerre Christensen 2011) und wird als „dilemma regarding the walking of a tightrope between Tehran and Riyadh“ bezeichnet (vgl. Khan 2014). In der politischen Führung des Königreichs wird Pakistan als „Pufferstaat“ und Widerstandskraft gegen den iranischen Einfluss in Süd- und Zentralasien angesehen (vgl. Hunter 2010: 189). Für Saudi-Arabien scheint es daher aus geostrategischen Aspekten seit der Iranischen Revolution von 1979 umso wichtiger, pro-saudische und anti-iranische Kräfte in Pakistan zu fördern, mithilfe dieser Strategie die eigene Einflussosphäre zu schützen und den iranischen Handlungsspielraum in Pakistan zu begrenzen. Gleichzeitig erhofft sich Saudi-Arabien dadurch, die iranisch-afghanische Zusammenarbeit zu unterminieren,

indem Einfluss auf Pakistan genommen wird.<sup>52</sup> Ähnlich wie Saudi-Arabien verfolgte auch Iran nach 1979 eine Politik der „strategischen Tiefe“ in Pakistan, die die ideologische, logistische und finanzielle Unterstützung pro-iranischer schiitischer Klienten beinhaltete, um den iranischen Einfluss insbesondere bei den schiitischen Bevölkerungsgruppen Pakistans auszuweiten. Somit trugen Saudi-Arabien und Iran vor allem während der Regierungszeit Zia ul-Haqs dazu bei, sunnitische wie schiitische Gruppierungen aufzubauen, was die konfessionelle Dichotomie der pakistanischen Gesellschaft intensivierte und in der Literatur oft als „Stellvertreterkrieg“ (*proxy war*) bezeichnet wird, der sich in den 1990er Jahren intensivierte (vgl. Sheikh/Price 2012: 18; Ahmad 2011: xxi-xxiv; Gul 2009: 12–14). Dies habe Pakistans interne Sicherheitsarchitektur dramatisch beeinträchtigt, wie pakistanische Beobachter betonen: „The result is sectarianism, unrest, chaos, anarchy, pessimism, superstitious thinking, grave illiteracy, and immense poverty. Iran and Saudi Arabia have been continuously fueling this rise“ (Khan 2015: 112). Inspiriert wurden die schiitischen Akteur\*innen durch die Iranische Revolution 1979, während die Hinwendung Zia ul-Haqs zu Partnern wie Saudi-Arabien sunnitische Kräfte innerhalb Pakistans stärkte (vgl. Ziring 2009: 31). In Folge dessen wurden pakistanische Schiiten immer wieder marginalisiert und stigmatisiert (Mielke/Schetter 2013: 182).

Seit dem Abschluss des Joint Comprehensive Plan of Action (JCPoA) im Jahre 2015 als diplomatische Vereinbarung über das iranische Nuklearprogramm ist es zu einer schrittweisen iranisch-pakistanischen Annäherung gekommen. Im JCPoA sahen beide Regierungen eine günstige Gelegenheit, neue wirtschaftliche Handlungsoptionen und die Diversifizierung der Energieversorgung zu forcieren.<sup>53</sup> Doch diese Hoffnungen erfüllten sich nicht vollumfänglich: So konnte die bereits 2013 vereinbarte Fertigstellung einer iranisch-pakistanischen Gas-Pipeline nicht realisiert werden.<sup>54</sup> Hinzu kommen die ethnischen Konflikte mit der Sezessionsbewegung Balutschistans. Die dortige ethnische

---

<sup>52</sup> Immerhin verbinden Pakistan und Iran neben der geographischen Nachbarschaft ähnliche geostrategische Interessen in Afghanistan, signifikante schiitische Bevölkerungsanteile sowie eine daraus resultierende kulturelle Nähe.

<sup>53</sup> Der JCPoA beinhaltet die Lockerung von internationalen Wirtschaftssanktionen gegen Iran, was der Islamischen Republik erweiterten Handlungsspielraum bei der Diversifizierung und Öffnung seiner Wirtschaft zugestehen sollte.

<sup>54</sup> So betonte zwar der iranische Vertragspartner, die vereinbarte Fertigstellung des Pipeline-Abschnitts bis zur pakistanischen Grenze komplettiert zu haben. Pakistan hingegen erfüllte seine Vertragsverpflichtung nicht (vgl. Jalilvand 2013). Iran versuchte noch, mit einer verzinnten Anleihe in Höhe von 500 Mio. US-Dollar an die pakistanische Regierung die Betriebsaufnahme des 1,5-Mrd.-US-Dollar-Projekts sicherzustellen, doch diese zeigte sich nicht in der Lage, die restliche Finanzierungssumme aufzubringen (vgl.

## 5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

Minderheit unterhält grenzübergreifende Netzwerke in Pakistan, dem südlichen Afghanistan und im südöstlichen Teil Irans. Immer wieder kam es in der Vergangenheit zu bewaffneten Aufständen militanter Akteur\*innen aus Balutschistan, die das Verhältnis zwischen Iran und Pakistan dauerhaft belasten und die nationale Stabilität herausfordern (vgl. Sheikh/Price 2012: 10). Diese trotz aller Herausforderungen angestrebte Annäherung an Iran bringt die pakistanische Regierung jedoch in das Dilemma, einerseits eine gewisse Solidarität gegenüber dem traditionellen Partner Saudi-Arabien zeigen zu müssen, während andererseits die Außenpolitik zugunsten Irans diversifiziert werden soll (vgl. Sial 2015: 3; Amin 2014: 137). Die pakistanische Regierung zielt demnach aus realpolitischen Erwägungen darauf ab, mit beiden Regionalkräften konstruktiv zusammenzuarbeiten.

In den von mir geführten Interviews betonten die untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen immer wieder ihre Sorge, Pakistan werde wegen der oben beschriebenen Aspekte als „Spielball“ saudischer und iranischer Interessen instrumentalisiert, was die innere Stabilität und die außenpolitische Handlungsfähigkeit beeinträchtigen würde. Deswegen sehen Politikwissenschaftler wie WAS\_LAH von der Lahore University of Management and Sciences in einem erfolgreichen Interessensausgleich zwischen Saudi-Arabien und Iran eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherstellung der pakistanischen Stabilität (vgl. Interview, 26.01.2016, Lahore). Allerdings kritisieren sie in diesem Zusammenhang die unzureichenden Kapazitäten der pakistanischen Regierung, einen solchen Ausgleich herstellen zu können. Pakistan verfüge über keine geeigneten Mittel, das sensible Gleichgewicht zu Iran und Saudi-Arabien zu wahren, sodass die Ausweitung der „Rivalität um die Hegemonie“ in der Region zunehmend auf pakistanischem Territorium ausgetragen werde, wie es z. B. der Sicherheitsexperte SHA\_LAH der Former Christian University in Lahore umschreibt (vgl. Interview, 03.02.2016, Lahore).

### **5.3 Die religiöse Nähe zu Saudi-Arabien: „Wahhabisierung“ und kulturelle Indoktrination als Projektionsfläche für die Dämonisierung Saudi-Arabiens**

Neben der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Nähe fungieren auch die religiös-kulturellen Beziehungen zu Saudi-Arabien als weiterer Referenz-

---

Khan 2014: 37). Es existieren Berichte, die diesen Umstand darauf zurückführen, dass saudische und US-amerikanische Akteur\*innen gegen dieses Projekt votiert und damit eine Realisierung verhindert hätten (vgl. Sial 2015: 5; Khan 2014: 36).



rahmen für die kritische Diskussion über das Königreich in Pakistan: Der „Hüter der beiden Heiligen Stätten“ Mekka und Medina wird in Pakistan als „heiliger Ort“ respektiert und vielfach verehrt, wie ein Vertreter der BLLF ausführte: „Most of our society perceive Saudi Arabia as a sacred place. They have much respect regarding this particular place in the name of Holy Kaaba and Holy Medina (...)“ (HUS\_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore, #00:50:55–6#). Saudi-Arabien gilt vielen pakistanischen Muslim\*innen als Wallfahrts- bzw. Sehnsuchtsort, der in ihrem Leben eine zentrale Funktion einnimmt, konstatiert auch der Leiter des MRC in Lahore: „If I can live inside Saudi, I can go there whenever I would like to go“ (BUK\_LAH, Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:04:37–2#). Diese Wahrnehmung spiele gerade bei vielen zukünftigen Migranten, die die Orientierungsseminare des MRC besuchen, eine omnipräsente Rolle. Die religiöse „Anziehungskraft“ Saudi-Arabiens gelte ihnen als alltägliche Selbstverständlichkeit, die mehrheitlich akzeptiert sei und von niemanden in Frage gestellt werden könne, unterstreicht auch der Politikwissenschaftler IMG\_ISL vom Center for Research and Security Studies in Islamabad: „Die religiöse Nähe zu Saudi-Arabien wird nicht explizit hervorgehoben, die ist einfach da. Das ist ‚Something given‘. We don’t have to underline it“ (Interview, 25.02.2016, Islamabad, #00:20:58–0#). Dennoch habe der saudische Einfluss in Form von religiöser Missionierung die fragile gesellschaftliche Balance in Pakistan dramatisch verschoben, betonen die meisten neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen, die sich in ihrer wissenschaftlichen oder medialen Arbeit mit dem saudischen Einfluss auf die pakistanische Gesellschaft beschäftigen (vgl. NOB\_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore; QAS\_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore; RAI\_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore). Saudi-Arabien ist daher nicht nur ein politischer, sondern auch ein „muslimischer Partner“ – auch, um sich vom Rivalen Indien abzugrenzen, wie der Journalist TSH\_LAH konstatiert: „Both governments want to increase their bilateral relations. India also has good relations with Saudi Arabia, but Pakistan is more important because we are a Muslim country“ (Interview, 11.02.2016, Lahore, #00:08:36–7#). Vor diesem Hintergrund der religiösen Strahlkraft sehen viele pakistanischen Migranten ihren Aufenthalt in Saudi-Arabien nicht ausschließlich als Möglichkeit, ihr Einkommen und den Lebensstandard ihrer Familie zu verbessern, sondern auch, um ihrer Pflicht als gläubige und fromme Muslime nachzukommen. Sie wollen nicht nur die Pilgerfahrt (*Hagġ*), absolvieren, sondern auch den wichtigsten Stätten des Islams nahe sein und „religiöse Befriedigung erfahren“, wie es BUK\_LAH nennt (Interview, 03.02.2016, Lahore, #00:06:17–9#). Es geht darum, „das Licht gesehen zu haben“, wie eine Studentin der Politikwissenschaft an der Lahore University of Management Sciences (LUMS) in einem persönlichen Gespräch betont, die in ihrer unveröffentlichten Masterarbeit die Lebenswir-

klichkeiten und Heimatsimaginationen pakistanischer Migranten in Saudi-Arabien untersuchte.

Diese religiöse Fokussierung auf und Glorifizierung von Saudi-Arabien wird von dem Menschenrechtsaktivisten und Journalisten der *Daily Times* KAR\_LAH als Bestandteil der Suche nach einer nationalen Identität seit 1947 verstanden (vgl. Interview, 01.02.2016, Lahore; RAI\_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore). In seinen Aussagen spiegeln sich auch Ergebnisse des wissenschaftlichen Forschungsstandes wider, der der Suche nach einer pakistanischen Identität vor dem Hintergrund historischer Verwerfungen eine dominante Bedeutung zuweist.

Die Teilung Britisch-Indiens und die damit verbundenen Kontroversen um die Rolle des Islams in der pakistanischen Politik, Verfassung und Gesellschaft schufen jahrzehntlang den Nährboden für innerpakistanische Konflikte, die mit zunehmender Gewaltbereitschaft zwischen verschiedenen Gruppen ausgetragen wurden. Die Frage, welche Bedeutung „dem Islam“ in der Islamischen Republik Pakistan zukommen soll, spaltet die politische Kultur seit der Staatsgründung: Während Vertreter\*innen eines säkularen Staates eher die Wirkmacht der Religion auf das Staatssystem reduzieren wollten, drängten andere Vertreter\*innen aus Religion und Kultur darauf, verstärkt auf islamische Werte, Normen und Regeln zu rekurrieren, um den Charakter eines islamisch geprägten Staates zu erfüllen (vgl. Mielke/Schetter 2013: 232).

Die Rückbindung an den Islam wird somit immer wieder von staatlichen Gatekeeper\*innen instrumentalisiert, um mithilfe populistischer und emotional-religiös verbrämter Rhetorik ihre säkulare Machtposition zu sichern, die nationale Einheit zu beschwören und religiöse Akteur\*innen als „Schachfiguren“ zur Schwächung politischer Konkurrenz zu mobilisieren (vgl. Hippler 2008: 261, 270).<sup>55</sup> Insbesondere die Abspaltung West-Pakistans und die daraus resultierende Gründung Bangladeschs 1971 wird als „unmitigated disaster“ (Amin 2014: 75) bezeichnet und stürzte das Land in eine tiefe (Sinn-)Krise: Talbot sieht in der Abspaltung Bangladeschs eine wesentliche Ursache für die folgende Hinwendung zur islamisch-arabischen Welt und der „Islamisierung“ unter Zia-ul-Haq (vgl. 2012: 98). Pakistan sei „divided, defeated, demoralized“ (Amin 2014: 75) gewesen, sodass diese Hinwendung auch als Versuch gewertet werden kann, die fragilen multiethnischen-, konfessionellen, sozialen, regionalen und politischen Identitäten zu einen. Es sollte eine „top-down Islamization“ und eine „Sunnisierung“ der Gesellschaft stattfinden (Talbot 2012: 42). Dieser

---

<sup>55</sup> Dabei besteht zumeist keineswegs ein unversöhnlicher Gegensatz zwischen säkularen und islamistischen Kräften, sondern ein opportunistisches Zweckbündnis (vgl. Hippler 2008: 265).

Prozess begann bereits unter Zulfikar Ali Bhutto (reg. 1971–1973 Staatspräsident; 1973–1977 Premierminister) (vgl. Wolpert 1993). Dabei interagierte und oszillierte seine ideelle religiöse Rhetorik mit wirtschaftlichen Zielen: Die Ölkrise ab 1973, verheerende Flutkatastrophen und Missernten beeinträchtigten die wirtschaftliche Entwicklung und setzten Bhutto unter Druck, neue Handelsbündnisse einzugehen und Einnahmequellen zu erschließen (vgl. Mielke/Schetter 2013: 81). Auch deswegen suchte er bei arabischen Partnern wie Saudi-Arabien Unterstützung und betonte die religiöse Nähe. So wurde die Hinwendung zur „sunnitischen Welt“ ein Bestandteil seiner populistischen Politik, um damit eine nationale Identität (*millat*) auszuformen (vgl. Kheli 1983: 71; Ahmed 1997). Bhutto versuchte außerdem, durch seine Hinwendung zu islamischen Inhalten politische Konkurrenten zu kooptieren oder auszuschalten und sein Image als puristischer Muslim zu pflegen, indem er u. a. das Glücksspiel verbieten ließ sowie die Schließung von Weinschänken und Nachtclubs anordnete (vgl. Talbot 2012: 105). Innenpolitisch forcierte er Landreformen und Verstaatlichungen, was aber keinen nachhaltigen Aufschwung mit sich brachte und die sozialen Unterschiede, Korruption und Klientelismus noch ausweitete (vgl. Taheer 1979; Wolpert 1993; Gustafson 1973). Als Folge wurde unter ihm die strategische Nähe zu Saudi-Arabien Priorität pakistanischer Außenpolitik, was ebenso in der neuen Verfassung von 1973 verankert wurde wie die Konstitution des Islams als Staatsreligion (vgl. Chaudhry 1974: 13; Amin 2014: 97) sowie die Förderung der arabischen Sprache (vgl. Kazimi 2015: 270). Bereits im Januar und Mai 1972 hatte er verschiedene islamisch geprägte Länder besucht.

Zu dieser Zeit reagierte Saudi-Arabien allerdings noch zurückhaltend auf die pakistanische Annäherungspolitik. Der damalige saudische König Faişal sah den Sturz Ayub Khans noch mit Sorge. Außerdem hatte Bhutto ein Mitglied der Aḥmadiya (Vgl. Mielke/Schetter 2013: 31)<sup>56</sup> zum Botschafter in Riad ernannt, die in Saudi-Arabien als häretische Bewegung gilt. Dies führte zu tiefen Verwerfungen innerhalb der saudisch-pakistanischen Beziehungen (Amin 2014: 133). Solche Unstimmigkeiten waren nicht neu: Bereits in den 1950er Jahren hatte es Dissonanzen gegeben, als Pakistan 1955 den Beitritt zum Bagdad-Pakt gemeinsam mit Iran, der Türkei und dem Irak verkündet hatte. Insbesondere Ägypten und Saudi-Arabien sahen in der Vereinbarung einen Affront gegen ihre Allianz mit den USA, sodass Saudi-Arabiens Führung Pakistan offen zum

---

<sup>56</sup> Bei der Aḥmadiya handelt es sich um eine spirituelle Bewegung, deren Name auf den Gründer Mirza Ghulam Ahmad zurückgeht. Er rief sie 1889 im heutigen indischen Punjab ins Leben. Seine Anhänger betrachteten ihn als Propheten, was dazu führte, dass sie 1974 in Pakistan exkommuniziert und ihre Anhänger\*innen zu Nicht-Muslimen erklärt wurden. Insgesamt sollen ihr 2% der Bevölkerung angehören.

## 5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

Rückzug aus dem Pakt aufforderte (Rizvi 1981: 83; Amin 2014: 132). Solche saudischen Vorbehalte nahmen jedoch aufgrund der Unterstützung Pakistans für die arabischen Staaten im Krieg gegen Israel 1973 ab (Amin 2014: 133).

Bei vielen der von mir interviewten Gesprächspartnern aus Wissenschaft und Medien gilt die Ausrichtung des dritten Islamischen Gipfeltreffens der OIC im Jahr 1974 in Lahore als wesentliche Etappe zur Annäherung an Saudi-Arabien, an dem 34 Mitgliedsstaaten – darunter auch das Königreich – sowie die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) teilnahmen (vgl. NOB\_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore; WAS\_LAH, Interviews, 26.01.2016, Lahore). Ähnliche Rückschlüsse ziehen auch renommierte pakistanische Politikwissenschaftler in ihren Arbeiten: Bhuttos Ziel war es, einen „spirit of Lahore“ (Amin 2014: 77) zu entfachen, der den nationalen Stolz und seine Reputation wiederherstellen sollte (vgl. Talbot 2012: 97). Diese Konferenz diente ihm auch dazu, das Vertrauensverhältnis zu Faişal zu verbessern (Bishku 1992: 45). Als Ehrerbietung für die Unterstützung des saudischen Königs wurde 1977 die pakistanische Stadt Lyllapur in Faisalabad umbenannt. Bereits 1976 war die Faişal-Moschee in Islamabad eröffnet worden (siehe [Abb. 1](#)), die ebenfalls den Namen des saudischen Königs trägt und bis heute zu großen Teilen aus Saudi-Arabien finanziert wird (vgl. Iqbal 2014). Darauf weisen verschiedene Hinweisschilder auf dem Moscheegelände hin, wie ich bei meinem Besuch feststellen konnte (siehe [Abb. 2-4](#)).

In Krisenzeiten sendete Pakistan somit auch ein Signal an den Erzrivalen Indien, weder isoliert noch grundlegend geschwächt zu sein.<sup>57</sup> Diese Hinwendung zur „nahen“ arabischen Welt rekurriert somit nicht nur auf eine geographische, sondern verstärkt auf eine teilweise inszenierte emotional-kulturell islamische Nähe („emotional bonding“, Siddiq, o. J.), die in der pakistanischen Identitätsschaffung zu einer bedeutenden Größe geworden ist (vgl. Talbot 2012: 1). Gleichzeitig besitzen Beziehungen zur „fernen“ arabischen Welt, zu der u. a. Ägypten, Jordanien oder Jemen gehören, für diese Entwicklung kaum Relevanz (vgl. Siddiq, o. J.).

Diese historische ideell-religiöse Hinwendung zu Saudi-Arabien wird von den untersuchten Öffentlichkeitsakteur\*innen skeptisch bewertet und als weiterer Schritt in ein einseitiges, das Königreich bevorteilende Abhängigkeitsverhältnis interpretiert. Die religiöse Nähe dominiert aus ihrer Sicht die öffentliche Debatte über und verhindert eine kritische Auseinandersetzung mit dem Königreich. Da sich die komplexe Identitätssuche in Pakistan insbesondere in

---

<sup>57</sup> Auch vor diesem Hintergrund erfolgte erst die Einladung des Präsidenten Bangladeschs, Mujibur Rahman, und anschließend die offizielle Anerkennung des früheren Ost-Pakistans.



**Abbildung 1.** Faişal-Moschee in Islamabad. *Quelle: Sebastian Sons, Februar 2016, Islamabad.*

der Frage nach religiöser Zugehörigkeit niederschlägt, ist Saudi-Arabien zu einem ideellen Kristallationspunkt stilisiert worden, wodurch das Königreich eine kaum in Frage zu stellende Immunität erfährt. Kritik am „Hüter der beiden Heiligen Stätten“ gelte als Ketzerei, wie es der regierungskritische Kolumnist der im Jahr 2011 gegründeten urdu-sprachigen Tageszeitung *Daily Nai-Baat* RAZ\_LAH umschreibt (vgl. RAZ\_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore).

Dieser wachsende religiöse Einfluss wird von allen untersuchten Öffentlichkeitsakteur\*innen hauptsächlich an den saudischen Missionierungsbestrebungen festgemacht, die das soziale und kulturelle Miteinander massiv beeinträchtigt hätten; man sei mit einer omnipräsenten „Wahhabisierung“ – einer weltweiten Verbreitung des Wahhabismus (vgl. [Kapitel 1](#)) – konfrontiert. Stellvertretend für die einhellig ablehnende Haltung der von mir untersuchten Öffentlichkeitsakteur\*innen äußert sich die Mitarbeiterin des MRC in Islamabad:

„When it comes to religious influence from the Gulf, countries like Saudi Arabia invested in this since the inception of Pakistan (...) It’s not a new phenomenon. It’s become a cult, I would say. It’s not going away as long as the madrasa system is working and people are going for Hajj and Umrah

## 5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan



**Abbildung 2.** Hinweis auf Finanzierung der Faişal-Moschee aus Saudi-Arabien. *Quelle: Sebastian Sons, Februar 2016, Islamabad.*

every year, nothing will change” (HAY\_ISL, Interview, 24.02.2016, Islamabad, #00:48:21–8#).

Sie bezieht sich in ihrer Aussage auf eine kontroverse wissenschaftliche und politische Debatte, die sich in den letzten Jahrzehnten extensiv mit den saudischen Missionierungsbestrebungen beschäftigt (vgl. Al-Rasheed 2002; Steinberg 2002; Steinberg 2006; Peskes 1993; al-Yassini 1985). Das einstmalig pluralistisch geprägte Religionsverständnis sei auf Kosten von orthodox-rigiden Islamvorstellungen verdrängt worden (Kazimi 2015: 35).<sup>58</sup>

---

<sup>58</sup> Einflussreiche Bedeutung besitzt der Sufismus: „Über das Sufitum mit seiner Schreinkultur entwickelten sich in Pakistan muslimische Traditionen, die mittlerweile



**Abbildung 3.** Hinweistafel auf Finanzierung der Faişal-Moschee aus Saudi-Arabien. *Quelle: Sebastian Sons, Februar 2016, Islamabad.*

Akteur\*innen aus Saudi-Arabien sind bei der Finanzierung von Lehreinrichtungen, dem Aufbau von Infrastruktur, der Lehrerausbildung und der Entsendung von Predigern sehr aktiv gewesen und hätten somit dazu beigetragen, das religiöse Klima in Pakistan nachhaltig zu vergiften, betont auch der Direktor der HRCF. Längst habe sich eine „Middle East lobby“ herausgebildet (vgl. REH\_LAH, Interview, 29.01.2016, Lahore). Diese Wahrnehmung zeigt in besonderem Maße die extreme Emotionalisierung im Umgang mit der Gefahr saudisch geprägter Indoktrination. Einige Gesprächspartner\*innen verwenden diese „Wahhabisierung“ als Chiffre, die in erster Linie bezeugen soll, dass sich das

---

stark zur pakistanischen Identität beitragen und weltweit Berühmtheit erlangen“ (Mielke/Schetter 2013: 28f.).



**Abbildung 4.** Hinweistafel auf Finanzierung der Faişal-Moschee aus Saudi-Arabien. *Quelle: Sebastian Sons, Februar 2016, Islamabad.*

von ihnen geschätzte post-koloniale Pakistan in ein konservatives, tiefreligiöses Land verwandelt habe. Der Politikwissenschaftler IMG\_ISL des Center for Research and Security Studies hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder in seiner Forschungsarbeit der Frage nach golfarabischen Einflüssen in Pakistan gewidmet und beobachtet „eine zunehmende Radikalisierung. Mehr und mehr Leute denken aus religiöser Sicht. Sie beurteilen die Politik und die soziale Landschaft aus religiösen Blickwinkeln. Das ist das Problem hier in Pakistan. Die Wahhabisierung ist beschränkt, weil nicht die Mehrheit der Pakistanis Wahhabis sind. Aber der religiöse und politische Einfluss ist größer geworden als vor 20 Jahren“ (Interview, 25.02.2016, Islamabad, #00:10:22-0#). Diese Aussage verdeutlicht, dass die Dominanz saudisch geprägter Lesarten eines wahhabitischen Islams von vielen Öffentlichkeitsakteur\*innen als Haupt-



misere für die sicherheitspolitische Krise in Pakistan betrachtet wird. Gleichzeitig nimmt sie auch Einfluss auf eine neu entstandene Mittelschicht, die sich von der feudalen Elite, der einflussreichen politischen Familiendynastien (vgl. Talbot 2005: 2) und den traditionell einflussreichen Patronagenetzwerken exkludiert und marginalisiert führt, und ihre Zukunft in einem islamischen Staatssystem sieht (vgl. Talbot 2014: 34).

Symbolisiert wird diese Zunahme des wahhabitischen Einflusses aus Sicht einiger der untersuchten Akteur\*innen durch die rapide gewachsene Anzahl von aus Saudi-Arabien finanzierten Religionsschulen (Singular: *madrasa*; plural: *madāris*) (vgl. BAD\_ISL, Interview, 25.02.2016, Islamabad; NAY\_LAH, Interview, 21.01.2016, Lahore; RAS\_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore). Bestimmte Journalisten wie BAD\_ISL und NAY\_LAH konzentrieren sich in ihrer Arbeit vor allem auf die Grenzgebiete zu Afghanistan und konnten dort einen Anstieg der *madāris* seit den 1980er Jahren konstatieren, ohne dies jedoch statistisch eindeutig belegen zu können.

Die Förderung dieser *madāris* begann während des sowjetischen Einmarschs in Afghanistan (1980–1988) und beruht auf dem konzertierten Vorgehen des Königreichs, Pakistans und der USA zur Unterstützung der afghanischen Kämpfer (*muğāhidūn*) (vgl. Ahmad 2011: 12f.; Ashraf 2009: 25–27; Singer 2001; ICG 2004; Nashabe 1989; Metcalf 1989; Wagner 2012: 124; Hussain 2009: 9–11). Während Saudi-Arabien die finanziellen Mittel (vgl. Rashid 2000: 197)<sup>59</sup> und die USA Ausbildungskapazitäten sowie geschultes Personal zur Verfügung stellten, um *muğāhidūn* auszubilden (vgl. Boobward 1987; Riaz 2005; Steinberg/Wörmer 2013: 3), wurden viele dieser Maßnahmen von pakistanischem Territorium koordiniert. 1987 sollen 87.000 *muğāhidūn* pakistanische Trainingslager durchlaufen haben (vgl. Swami 2007: 145). Andere Quellen gehen davon aus, dass insgesamt 35.000 ausländische Kämpfer aus 40 Ländern in Afghanistan aktiv gewesen sein sollen (vgl. Yamin 2008: 16; Khan 2014: 47). Pakistan entwickelte sich vor diesem Hintergrund zur Durchgangsstation für *muğāhidūn*, die sich aus Tschetschenien, Usbekistan oder afrikanischen sowie arabischen Ländern wie z. B. Saudi-Arabien rekrutierten. Sie werden in der Literatur auch als „arabische Afghanen“ (*al-afgan al-‘arab*, vgl. Steinberg 2005: 49) bezeichnet.<sup>60</sup> Die durch saudische Mittel finanzierten Neugründungen von *madāris* sowie

---

<sup>59</sup> Saudi-Arabien soll den Aufbau der *muğāhidūn* mit insgesamt über 4 Mrd. US-Dollar gefördert haben.

<sup>60</sup> Weiterhin führte die strategische Relevanz Pakistans im Kampf gegen die Sowjetunion in Afghanistan auch zu einem signifikanten Anstieg ausländischer Entwicklungshilfe: Nach Israel und Ägypten war Pakistan Ende der 1980er Jahre zum größten Empfänger von Zuwendungen aufgestiegen, was sich auch mit der finanziellen Unterstützung

## 5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

von Wohltätigkeitsorganisationen trugen dazu bei, die Islamisierungspolitik Zia ul-Haq zu fördern (vgl. Mielke/Schetter 2013: 86), indem eine islamische Gerichtsbarkeit aufgebaut, konfessionelle Minderheiten marginalisiert und der durch die britische Kolonialtradition geprägte Bildungssektor (vgl. Fair 2009: 15) immer stärker „islamisiert“ wurden. 1983 wurden *šari‘a*-Gerichte sowie ein islamisches Strafrecht, ein zinsfreies Banksystem, die Almosen-Steuer (*zakāt*) sowie islamische Universitäten eingeführt (vgl. Talbot 2012: 127). So wurde aus Zias Islam Pakistans Islam, wie Shamsie konstatiert (2009: 48). Zwischen 1971 und 1988 stieg die Zahl der registrierten *madāris* von 900 auf etwa 8.000, wobei sich die Schätzungen der inoffiziellen Religionsschulen an der pakistanisch-afghanischen Grenze in diesem Zeitraum auf 25.000 belaufen (vgl. Rashid 2001: 89). Heute soll es bis zu 45.000 *madāris* in Pakistan geben (vgl. Hoodhboy 2017), wengleich die Anzahl nur geschätzt werden kann.<sup>61</sup> 10–15% davon sollen Verbindungen zu militanten Gruppierungen unterhalten (vgl. ICG 2002: 3; Wagner 2012: 125). Statistiken des pakistanischen Innenministeriums aus dem Jahr 2016 beziffern die Zahl der direkt aus den arabischen Golfmonarchien, Iran, Irak und der Türkei geförderten *madāris* im Punjab auf 147, in Gilgit-Baltistan auf 95, in Balutschistan auf 30 und in Khyber Pakhtunwa auf 12, während im Sindh eine Lehranstalt externe Unterstützung erhalten soll. Allein im Punjab erhalten 122 der 147 *madāris* nach diesen Informationen saudische Gelder (vgl. Sheikh, 12.02.2016). Einige der befragten Öffentlichkeitsakteur\*innen sind jedoch überzeugt davon, dass diese Zahl deutlich höher liegen müsse. Dieser quantitative Anstieg der *madāris* bestimmt nicht nur öffentliche und politische Debatten, sondern zunehmend auch die Wahrnehmung einer pakistanischen Bevölkerungsmehrheit: So sprachen sich in einer repräsentativen Umfrage aus dem Januar 2016 von 1.849 Teilnehmer\*innen 65% dafür aus, dass diese Religionschulen stärker durch den Staat kontrolliert werden müssten, während 24% dies als nicht problematisch ansahen (vgl. GRF Poll 2018).

Saudische Wohlfahrtseinrichtungen wie die Muslim World League (MWL) oder die Islamic International Relief Organisation (IIRO) stellten in den 1980er Jahren im Auftrag des saudischen Geheimdienstes General Intelligence Directorate (GID) (vgl. Steinberg/Wörmer 2013: 5) Unterstützung für lokale Partner in

---

zung zur Ausbildung der *muğāhidūn* begründen lässt. Allein die USA gewährten Mittel in Höhe von 7,2 Mrd. US-Dollar zwischen 1982 und 1993 (vgl. Rashid 1988). So erhielt beispielsweise die University of Nebraska von der US-amerikanischen Entwicklungshilfeagentur USAID zwischen 1984 und 1994 51 Mio. US-Dollar, um 13 Millionen Lehrbücher für pakistanische *madāris* zu entwickeln (vgl. Stephens/Ottaway, 23.02.2002: 1).

<sup>61</sup> Zwischen 2000 und 2010 soll die Zahl der *madāris* um 30% zugenommen haben, was zu einer erhöhten Konkurrenz mit den staatlichen Bildungseinrichtungen geführt hat (vgl. Ali 2009a; Ali 2009b).

Afghanistan und Pakistan bereit. Darunter befanden sich auch Usāma b. Lādin (1957–2011) und dessen enger und einflussreicher Gefolgsmann, der palästinensische Ideologe und Mitbegründer al-Qā‘idas ‘Abdullāh Yūsuf ‘Azzām (1941–1989). Dieser fungierte in Peschawar als Leiter der MWL und war maßgeblich daran beteiligt, ein Netzwerk zu Förderern aus Saudi-Arabien und anderen golfarabischen Monarchien aufzubauen („The Golden Chain“) (vgl. Abuza 2003: 24).<sup>62</sup> Insgesamt sollen bis zu 100 Mio. US-Dollar jährlich aus den arabischen Golfmonarchien an diese und andere Akteur\*innen geflossen sein, woraus Kompensationen an die Verbliebenen gefallener Kämpfer und infrastrukturelle Maßnahmen finanziert wurden (vgl. Moniquet 2013).

Saudi-Arabien hatte bereits in den 1960er Jahren seine wahhabitische Missionierungspolitik massiv ausgeweitet und über staatlich geförderte pan-islamische Organisationen wie die MWL, die IIRO, die Al Haramain Foundation (*mu‘assassa al-ḥaramain al-ḥairiya*) oder die World Assembly of Muslim Youth (WAMY) institutionalisiert (vgl. Hegghammer 2010; Lacroix 2011; Teitelbaum 2000; Fandy 1999). Insgesamt soll Saudi-Arabien bis ins Jahr 2013 diese und andere Wohlfahrtseinrichtungen mit 10 Mrd. US-Dollar unterstützt haben, die ihre Tätigkeitsfelder nicht nur in Pakistan, sondern auch in anderen südasiatischen sowie afrikanischen und arabischen Ländern, dem Balkan und auch Westeuropa sahen (vgl. Moniquet 2013).<sup>63</sup> In diesen Regionen wurde der Bau von Religionsschulen und Moscheen, die kostenlose Verteilung von Koranexemplaren, der Druck von Lehrmaterialien und Broschüren, die Entsendung von Imamen und Lehrer\*innen sowie die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten vorangetrieben.

Pakistan und Saudi-Arabien kooperierten auch nach Ende des Afghanistan-Kriegs eng miteinander: Beide unterstützten das afghanische Taliban-Regime nicht nur finanziell, sondern erkannten es auch diplomatisch an (vgl. Blanchard 2007; Roy 1990: 233).<sup>64</sup> Doch diese Politik geriet nach den Anschlägen in Washington und New York vom 11. September 2001 in die internationale

---

<sup>62</sup> Ihr Einsatzgebiet lag vor allem in Balutschistan und der früheren North-West Frontier Province (NWFP), wo u. a. führende Taliban wie Muḥammad ‘Umar und Ġalāl ud-Dīn Ḥaqqānī von der saudischen Unterstützung profitierten (vgl. Firdous 2009; Hegghammer 2010/11; Peters 2012).

<sup>63</sup> Andere Schätzungen beziffern die Ausgaben für Missionierungsmaßnahmen zwischen 1975 und 2005 sogar auf 75 Mrd. US-Dollar (vgl. Kaplan 2005: 22).

<sup>64</sup> Gleichzeitig scheinen aber auch wirtschaftliche Interessen für Saudi-Arabien relevant gewesen zu sein: „Zwei saudische Firmen waren in ein umfangreiches Pipeline-Projekt in Afghanistan involviert, das zum Transport von Gas gebaut werden und afghanisches Territorium durchqueren würde; dies erhöhte den Druck auf Riad, die Taliban bei ihrem Sieg zu unterstützen“ (Wiese 2010: 39).

## 5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

Kritik, da danach die afghanischen Taliban und ihre Unterstützung für al-Qāʿida in den Fokus der Weltöffentlichkeit rückten: Als Sympathisanten der Taliban galten beide Staaten nun als mitverantwortlich für den Aufstieg von al-Qāʿida. Dies belastete das Verhältnis Saudi-Arabiens und Pakistans zu ihrem Partner USA. Erst aufgrund dieses internationalen Drucks begann Saudi-Arabien nach den Anschlägen vom 11. September 2001, seine Unterstützung für wahhabitische Missionierung zu reduzieren, implementierte ab 2004 Deradikalisierungsprogramme im eigenen Land sowie strengere Finanzkontrollen und rechtliche Reisebeschränkungen und ließ einige unter Terrorverdacht stehende Wohlfahrtsorganisationen und religiöse Stiftungen schließen, um damit die beschädigte Reputation wiederherzustellen. So verloren auch die IIRO und die WAMY zunehmend an Bedeutung (vgl. Benthall 2018). Zwischen 2003 und 2006 sah sich die saudische Führung außerdem mit einer signifikanten Zunahme von terroristischen Aktivitäten im eigenen Land konfrontiert, was die Umsetzung dieser Maßnahmen beschleunigte (vgl. Sons 2016: 124–126).

Pakistan befand sich in einer ähnlichen Situation, hatten staatliche Repräsentant\*innen und Sicherheitsdienste doch vor allem zwischen 1994 und 2001 offen mit den Taliban kooperiert und engen Kontakt zu militanten Gruppierungen gepflegt (vgl. Sheikh/Price 2012: 13). Dieses Zweckbündnis beruht auf historischen Aushandlungsprozessen: Die Suche nach identitätsstiftenden Elementen trug bereits während der britischen Kolonialherrschaft zu innergesellschaftlicher Radikalisierung und dem Anstieg von extremistischem Gedankengut bei. Die britische „Teile-und-Herrsche“-Politik verstärkte dabei die religiös-ethnischen Konfliktlinien, die sich auch nach der Gründung Pakistans in vielgestaltiger Form fortsetzten (vgl. Aziz 2015: 4). So wird die pakistanische Historiographie als konfliktreicher Prozess zwischen den indischen Muslimen und der hinduistischen Bevölkerung beschrieben, der zu gravierenden Disharmonien innerhalb der pakistanischen Gesellschaft führte (vgl. Aziz 2015: 5).

Militante islamistische Strömungen stellen seitdem eine wesentliche Sicherheitsbedrohung für die pakistanische Stabilität dar, erfahren aber auch umfassende Unterstützung durch den pakistanischen Geheimdienst ISI und das Militär. Dies sei „ein offenes Geheimnis“ (Mielke/Schetter 2013: 122): „It is an intense network, which connects militant outfits with educational networks, religious parties and even political parties“ (Siddiqa 2012: 54f.). Das Militär will mit dieser Strategie seine Rolle als „garrison state“ (Kamal 1982; Azfar 1987: 138) konsolidieren und mit der Kooption militanter Gruppierungen außen- wie innenpolitische Ziele (z. B. strategische Tiefe in Afghanistan, Schwächung Indiens und militärische Kontrolle in Kaschmir) erreichen.

Gleichzeitig betrachten meine Gesprächspartner\*innen die diversen militanten Gruppierungen als direkte Günstlinge der saudischen Missionierungspolitik (vgl. Dorsey, o. J.). Exemplarisch dafür dient die Aussage eines Vertreters

der NRO *Free and Fair Election Network*: „The terrorist organizations in Pakistan are directly supported by Saudi Arabia“ (Interview, 23.02.2016, Lahore, #00:09:21–9#). Nach dem Sturz der Taliban in Afghanistan fanden viele vertriebene Kämpfer sichere Rückzugsgebiete in den pakistanischen Grenzregionen zu den Federal Administered Tribal Areas (FATA), die kaum kontrolliert wurden und sich daher als ideale Operationsfelder eigneten.<sup>65</sup> Translokale Verbindungen zwischen den in dieser Region mehrheitlich lebenden Paschtun\*innen existieren bereits seit Jahrhunderten und konnten in dieser Phase genutzt werden, um Organisationsstrukturen zu konsolidieren (vgl. Ali 2012: 31).

Iran verfolgte eine ähnliche Missionierungsstrategie wie Saudi-Arabien, indem schiitische Gruppen wie *Tehreek-e-Nifaz-e-Fiqah-e-Jaffriya* (TFNJ), die sich später *Sipha-e-Mohammadi* nennen sollte, protegirt wurden (vgl. Abbas 2009: 59).<sup>66</sup> Als Konsequenz habe das interkonnessionelle Zusammenleben zwischen pakistanischen Sunniten und Schiiten gelitten, konstatieren viele meiner Gesprächspartner<sup>67</sup>:

„Pakistan have been a very tolerate country. There have been no problems between Shiites and Sunnis. All celebrations like Muharram was celebrated also by non-Shiites. This has totally changed“ (SIA\_LAH, Interview, 05.02.2016, Lahore, #00:15:25–9#).

Die *madāris* gelten nicht nur meinen Gesprächspartner\*innen, sondern auch in der sicherheitspolitischen Diskussion als einflussreiche Rekrutierungszentren für zukünftige Anhänger unterschiedlicher militanter Gruppierungen. Für viele Expert\*innen bilden die Netzwerke zwischen *madāris*, staatlichen Einrichtungen, Sicherheitskräften und externen Förderern eine explosive Kombination, die die nationale Stabilität unterminiert und traumatische Folgen für die gesellschaftliche Einheit hat (vgl. ICG 2002: i; Hussain 2009: 11). Solche Netzwerke trügen zur Entstehung einer „Dschihadi-Attitüde“ (Mielke/Schetter 2013: 185) bei, die auch bei Angehörigen des Militärs und der urbanen Mittelschicht anzutreffen sei.

---

<sup>65</sup> Neben FATA konnten sich diese Akteur\*innen aber auch in den bevölkerungsreichen und wirtschaftlich stabileren Provinzen wie Punjab oder Sindh niederlassen und ihren dortigen Einfluss ausweiten.

<sup>66</sup> Zwischen 1979 und 1983/84 stieg die Zahl der schiitischen *madāris* von 70 auf 116 (vgl. ICG 2002: 9).

<sup>67</sup> Insgesamt werden etwa 77% der Bevölkerung den hanafitischen Sunniten zugerechnet, während die Schiiten mit 15–20% die zweitgrößte Konfession darstellen (vgl. Mielke/Schetter 2013: 27).

## 5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

Gleichwohl ist die Situation differenzierter: So finden sich in der Literatur Einschätzungen, die die Bedeutung externer Indoktrinierung für gering einschätzen. Immerhin liegt der Anteil der staatlichen und privaten Schulen im nationalen Durchschnitt deutlich höher, was die Strahlkraft der *madāris* reduziert: Nur 2% aller Schüler\*innen sollen Religionsschulen besuchen (vgl. Yusuf 2008: 4), während ihr Anteil an privaten Schulen 26% beträgt (vgl. Fair 2009: 18). Teilweise werden nicht nur in *madāris*, sondern auch in privaten und staatlichen Schulen religiöse Inhalte gelehrt. Gleichzeitig bieten auch Religionsschulen Englisch-Unterricht an oder orientieren sich am staatlichen Curriculum.

Vor diesem Hintergrund bestehen komplexe Unschärfen bei der Einordnung der *madāris* (vgl. Reetz 2010). Manche Expert\*innen bezeichnen daher die Rolle der *madāris* bei der Indoktrination als hysterische Übertreibung, als „Madrassa Myth“ (Andrabi et al., 01.06.2009; Fair 2012; Bergen/Pandey, 14.06.2005). Aufgrund des maroden Bildungssystems in Pakistan dienen die Religionsschulen vielen Familien vor allem in ruralen Gebieten als einzige Möglichkeit, ihren Kindern zumindest eine rudimentäre Schulausbildung zu bieten (vgl. Ashraf 2009: 26; Malik 1996). So muss z. B. auch das Bildungsministerium eng mit Moscheeschulen (Sg. *maktab*, Plural *makātib*) zusammenarbeiten, um die Grundschulversorgung aufrecht erhalten zu können (vgl. Fair 2009: 17).

Diese differenzierte Einschätzung wird jedoch von den neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen weitgehend ignoriert: Für die meisten gelten die *madāris* als Symbol der angewachsenen religiösen Indoktrination und kultureller Überfremdung (vgl. RAZ\_LAH, Interview, 27.01.2016, Lahore; SAL\_LAH, Interview, 11.02.2016, Lahore). Somit erfährt die negativ konnotierte Chiffre „Saudi-Arabien“ in Form der *madāris* als Inbegriff saudisch geförderter Indoktrination ihre Fortsetzung. Dies manifestiert sich für einige Öffentlichkeitsakteur\*innen vor allem an den Diskussionen um die Geschlechter- und Kleiderordnung, wie die Vertreterin der Frauengewerkschaft Women Workers' Union KAU\_LAH betont:

„Wearing a burka or a hijab has become a fashion. It is not completely related to religious issues or to the impact of Saudi Arabia. It's part of the lifestyle. It's somehow a religious thing but for most of the women, it's not directly related to religion. Women also want to show the society that they are honorable women. Here in Pakistan, we have good and bad women. Women who are wearing a hijab are perceived as good women. This is my observation“ (KAU\_LAH, Interview, 26.01.2016, Lahore, #01:13:58–9#).

Für KAU\_LAH von der einzigen Gewerkschaft Pakistans, welche sich um die Belange von Arbeitnehmerinnen bemüht, ist diese Diskussion Bestandteil des Kulturkampfes zwischen einer konservativen islamisch geprägten Elite, die durch die saudische Geschlechtertrennung inspiriert ist, und einer emanzipato-

rischen, gut ausgebildeten pakistanischen Mittelschicht, die diese als rigide wahrgenommenen Formen des Geschlechterbildes ablehnt. An diesem Beispiel wird erneut deutlich, wie erhitzt die Diskussion um Saudi-Arabien als (mutmaßlicher) kulturell-missionarischer Akteur geführt wird. Aussagen wie die von KAU\_LAH implizieren, dass strukturelle, soziale und kulturelle Entwicklungen, die von ihr als Missstände oder Dilemmata wahrgenommen werden, häufig in direkten Zusammenhang mit den engen Beziehungen zu Saudi-Arabien gesetzt werden.

Diese Beobachtung bezieht sich auch auf den Bildungssektor: Noch immer werden Frauen im Bildungs- und Erziehungssystem benachteiligt, haben deutlich schlechtere Zugänge zum Arbeitsmarkt im Vergleich zu Männern und leiden unter rechtlicher, patriarchalisch-tribal begründeter Ungleichbehandlung, die vor allem in den ruralen Gegenden verbreitet ist. Dass u. a. der direkte Einfluss durch nach Pakistan entsandte saudi-arabische Prediger dazu maßgeblich beigetragen habe, steht für einige Interviewpartner\*innen wie NAY\_LAH, Journalist beim lokalen Lahorer Nachrichtensender *Channel City 42*, außer Frage (vgl. Interview, 21.01.2016, Lahore). Dies gelte vor allem für die Ausbildung an den *madāris*, an denen reaktionäre Inhalte vermittelt und somit die Konfliktlinien im Geschlechterverhältnis zementiert würden. Die dort angewandten Lehrpläne spiegeln die wahhabitisch geprägte Denkstruktur wider, die durch saudische Geldgeber, Prediger und Wohlfahrtseinrichtungen gefördert wird. Daraus sei eine „Kultur der Rückständigkeit“ entstanden, die das Lehrpersonal und auch die Studierenden – Frauen wie Männer – bis heute prägt, konstatiert auch der Direktor der HRCP (vgl. HNA\_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore, #00:25:09–3#). Dies habe zur Folge gehabt, dass die Absolventen solcher Religions-schulen nicht befähigt seien, sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten, da ihnen die Bildung außerhalb des religiösen Sektors fehle. So würden viele eine eigene *madrassa* eröffnen – ein aus seiner Sicht unhaltbarer Zustand: „It’s a vicious circle“ (HNA\_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore, #00:29:23–5#).

Dass der Prozess der von Saudi-Arabien geprägten kulturellen Indoktrination bereits weit fortgeschritten sei und auch alltägliche Bereiche der Lebenswirklichkeit durchdrungen habe, verdeutlichen einige der neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen an zwei Episoden: So ist es mittlerweile in weiten Kreisen der pakistanischen Gesellschaft üblich, die traditionell und aus der persischen Sprache stammende Verabschiedungsformel „Khoda Hafiz“ („Gott beschütze Dich“) durch das arabisch-stämmige „Allah Hafiz“ zu ersetzen. Weiterhin hat sich in den letzten Jahren bei pakistanischen Kraftfahrzeugbesitzer\*innen ein Trend herauskristallisiert, die in Pakistan obligatorische Angabe des Ländernamens auf den Nummernschildern durch den arabischen Artikel „al-“ zu ergänzen und den im arabischen Alphabet nicht vorhandenen Buchstaben „P“ von „Pakistan“ durch ein „B“ zu ersetzen.

## 5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

Diese beiden Beispiele dienen einigen der untersuchten Akteur\*innen als Indikatoren für eine zunehmende Verdrängung von Traditionen, die einerseits eine kulturell-religiöse, andererseits eine linguistische Hinwendung zum arabischen Kulturraum vermuten lassen (vgl. AAL\_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore; BAD\_ISL, Interview, 25.02.2016, Islamabad). So betont auch der Politikwissenschaftler IMG\_ISL:

„Diese Mode, die eigenen Nummernschilder abzuändern und zu ‚arabisieren‘, ist Ausdruck einer langfristigen Entwicklung: Wir nähern uns immer mehr den arabischen Golfstaaten an und vergessen darüber unsere eigenen Wurzeln und unser kulturelles wie religiöses Erbe“ (Interview, 25.02.2016, Islamabad).

Dass es sich bei den Aussagen dieser Öffentlichkeitsakteur\*innen nicht ausschließlich um Einzelbeobachtungen handelt, zeigt auch die kontroverse Debatte um die beiden Episoden in englischsprachigen pakistanischen Tageszeitungen. So schreibt Ghazi Salahuddin in *The News*: „And what bothers me is that this shift in our cultural norms is born of an attempt to ‘Arabise’ our society and somewhat inject into our lives the Wahabi (even Jihadi?) approach to religion“ (06.03.2012). Syed Hamad Ali bezeichnet die sich ausweitende Nutzung von „Allah Hafiz“ als Bestandteil einer „ideological battle“ und als „symbol of change“, der in den vergangenen zehn Jahren stattgefunden habe und mittlerweile als offizielle Begrüßungsformel in den Medien fest verankert sei (Ali, 17.04.2012; vgl. auch Sheikh 2009: 107–110; *The Dawn*, 24.05.2009).

Bei der Debatte um „Al-Bakistan“ recurriert Tariq Ramadan in der *Express Tribune* auf den Gründungsvater des pakistanischen Staates, Muhammad Ali Jinnah, der einen Schock erlitten hätte, hätte er um die arabische Schreibweise auf zahlreichen pakistanischen Nummernschildern gewusst: „So what would he think of the new name al-Bakistan, the Arabised version of Pakistan, which one finds on the number plates of cars now. He would no doubt rail against it, pointing out that we are not Arabs (...)“ (Rahman, 10.03.2014). In der Hinwendung zum Arabischen sieht Rahman einen Verlust der multilingualen Wurzeln, des sprachlichen und kulturellen Erbes und von Toleranz und Pluralismus. Und in einem weiteren Meinungsartikel in *The Dawn* schreibt der /die Autor\*in mit Bezugnahme auf die etymologische Bedeutung des Begriffs „Al-Bakistan“:

„As we all know what Pak is, and that Pakistan means ‘The land of the pure,’ while Punjab means ‘The land of five rivers.’ On the contrary, the word Bak, or more correctly Baak, which exists both in Persian and Urdu, means der, khauf, andeisha, according to my Urdu dictionary, Feroz-ul-Lughaat, which may be translated as fear and worry. Thus, Al-Bakistan would mean ‘The land of fear’“ (*The Dawn*, 01.04.2014).



Für viele Kommentator\*innen sind die Diskussionen um „Allah Hafiz“ und „Al-Bakistan“ aber auch ein willkommener Anlass, sich ironisch und humorvoll mit der aus ihrer Sicht konstruierten „Arabisierung“ auseinanderzusetzen. So schreibt Hasan Aftab Saeed, man müsse beim sogenannten „Arab Wannabe Syndrom“ zwischen akuten und chronischen Klassifizierungen unterscheiden, denen man mit gesundheitlicher Vorsorge oder – im Ernstfall – mit medizinischer Behandlung beikommen könne:

„Fortunately, most acute presentations start to subside after five to seven days. That is, provided a balanced diet, plentiful sleep, and decent company. Most of the chronic cases too can be treated without drugs provided an early enough diagnosis” (Saeed, 26.11.2016).

Dabei gibt er den augenzwinkernden Hinweis, dass ein arabisches Nummernschild „won't make you an Arab any more than wearing boxer shorts makes one a boxer.” Und sollte man sich von der Begrüßungsformel „Khoda Hafiz“ persönlich gekränkt fühlen, sei darauf hingewiesen, dass „No real Arab ever said Allah Hafiz, so if the goal is to sound like one, this formula is obviously a non-starter” (ebd.). Einen ähnlich ironischen Ton schlägt auch Sheharyar Rizwan in seiner Glosse in *The Dawn* an. Dabei weist er auf ein Paradoxon hin, da diese angebliche „Arabisierung“ keineswegs nur die konservativ-religiösen Schichten der rückkehrenden Migranten und ihrer Familien betreffe, sondern vielmehr die wohl situierte Mittelschicht:

„Most of the people who are doing this belong to upper-middle class Punjabi families based mostly in Lahore and other cities of Punjab. They are going through some kind of a paradox. They want to enjoy everything modern consumerism has to offer; a good car, preferably modified, mind/ear blowing sound system, giving their girlfriends a spin in their brand new Corollas and Civics every now and then. But wait a second, what about the fancy Altima they had when they used to roam around Riyadh, Dubai or Qatar? They had a nice Arabic plate on that elegant ride; let's get made one for my car here in Pakistan” (23.03.2014).

Nummernschilder mit arabischen Buchstaben deuten seiner Meinung nach genauso wenig auf eine kulturelle Arabisierung hin, wie die ebenfalls existierenden Nummernschilder nach britischem Vorbild, denn: „The reason was the same: they liked the design and got it made“ (ebd.).

Obwohl zwischen diesen geschilderten Alltagsbeispielen und Migration nach Saudi-Arabien kein direkter Zusammenhang besteht, verdeutlichen sie doch anekdotisch die Wahrnehmung vieler der Öffentlichkeitsakteur\*innen, von golfarabischen Einflüssen „bedroht“ und „verändert“ zu werden. Diese Perception existiert in intensiverer oder abgeschwächter Form bei allen Gesprächs-

## 5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

partnern, sodass sich ihre Einschätzung zur Sichtbarmachung von Migration auch auf solche alltäglichen Episoden zurückführen lässt, womit die Relevanz für die Beantwortung der Forschungsfrage virulent wird.

Somit symbolisiert die Diskussion um die anwachsende „Wahhabisierung“ aus Sicht der meisten neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen die Auseinandersetzung zwischen einer säkularen Elite und einer weniger privilegierten Mittel- und Unterschicht, die sich Saudi-Arabien zuwendet. Die von mir untersuchten Akteur\*innen sehen sich daher auch als Vertreter\*innen eines internen Kulturkampfes, in dem um die Deutungshoheit der pakistanischen Identität gerungen wird. Sie präsentieren sich als Repräsentant\*innen einer aufgeklärten, westlich sozialisierten, bildungspolitisch privilegierten Elite, die sich gegen die Vertreter\*innen einer intoleranten, ausgrenzenden und archaischen religiös-sozialen Bewegung behaupten muss. Aus ihrer Sicht ist durch den Einfluss Saudi-Arabiens eine tiefe kulturelle Krise entstanden, die von vielen stellvertretend für die Vielzahl an kulturellen Fehlentwicklungen innerhalb der pakistanischen Gesellschaft angeführt wird. Diese Perzeption führt zu einer emotionalen Dämonisierung des Königreiches. Saudi-Arabien erscheint vor diesem Hintergrund als Projektionsfläche mannigfaltiger und komplexer innerpakistanischer sozialer und politischer Probleme. Es wird als willkommener „Sündenbock“ instrumentalisiert, um einen externen Auslöser für chronische Missstände identifizieren zu können. Diese emotionale Perzeption beinhaltet kaum eine differenzierte Analyse des saudischen Einflusses, wenngleich sich einige der untersuchten Öffentlichkeitsakteur\*innen durchaus abwägender äußerten. So gesteht z. B. IMG\_ISL, dass die „kulturelle Radikalisierung“ keineswegs direkt auf saudische Akteur\*innen zurückzuführen sei, sondern militante und/oder puristische Strömungen in Pakistan davon inspiriert werden:

„Der kulturelle Einfluss zeigt sich, dass radikale Gruppen das liberale Leben kritisieren. Die betrachten unseren Lebensweg als unislamisch. Sie kritisieren Musik, Filme, kulturelle Szene. (...) Sie wollen die liberale Lebensweise beschränken. Saudi-Arabien ist eher Vorbild, nicht Auslöser dieser Entwicklung. Glücklicherweise ist die Mehrheit der Pakistanis nicht so religiös, wie man im Ausland wahrnimmt“ (IMG\_ISL, Interview, 25.02.2016, Islamabad, #00:13:39–8#).

Für ihn nimmt zwar „der Islam“ in den Lebenswirklichkeiten des Einzelnen eine signifikante Bedeutung ein, doch wahhabitische Vorstellungen fänden nur bei einer kleinen Minderheit Anklang, denn: „Die Mehrheit möchte leben wie sie will“ (IMG\_ISL, Interview, 25.02.2016, Islamabad, #00:15:08–7#). Auch der Menschenrechtsaktivist REH\_LAH sieht keine umfassende „Saudisierung“ der pakistanischen Gesellschaft.

„I have been to the Maldives a couple of months ago. The people there consider themselves as Arabs. They are strongly influenced by Saudi Arabia's ideology (...). This is not happening here in Pakistan“ (REH\_LAH, Interview, 29.01.2016, Lahore, #00:43:37-2#).<sup>68</sup>

### **5.4 Paradigmenwechsel in den saudisch-pakistanischen Beziehungen? Neue Räume für außenpolitische Diversifizierung**

Trotz dieser weitgehend als destruktiv wahrgenommenen Einflüsse Saudi-Arabiens auf Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft Pakistans konstatieren die meisten der untersuchten Öffentlichkeitsakteur\*innen einen schrittweisen Wandel des bilateralen Verhältnisses, der sich in einer zunehmend kritisch-distanzierten Haltung pakistanischer Politik gegenüber Saudi-Arabien niederschlägt.

Symbolisiert wird diese sich modifizierende Sichtweise durch die Entscheidung des pakistanischen Parlaments aus April 2015, keine militärischen Truppeneinheiten an Kampfhandlungen im Jemen zu beteiligen, um „Neutralität“ zu bewahren (vgl. Sial 2015: 2). Es war ein Beschluss, der innerhalb der pakistanischen Öffentlichkeit zu kontroversen Diskussionen geführt hatte und der von meinen Gesprächspartner\*innen als möglicher Wendepunkt in den saudisch-pakistanischen Beziehungen bewertet wird, wie u. a. der Politikwissenschaftler des Institute for Peace and Secular Studies DIE\_LAH sowie der Regionalpolitiker MIR\_LAH ausführen (vgl. DIE\_LAH, Interview, 28.01.2016, Lahore; MIR\_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore).

Als Hintergrund solcher Einschätzungen dient das im März 2015 begonnene militärische Engagement Saudi-Arabiens im Jemen, um den dortigen Vormarsch der Huthi-Rebellen aufzuhalten (*al-Hūṭiyyūn*), die Einnahme der jemenitischen Hauptstadt Sana'a im September 2014 zu beenden und den zur Flucht gezwungenen Präsidenten 'Abd Rabbihi Maṣṣūr Hādī wieder einzusetzen, der nach dem Fall der Hauptstadt das Land ins saudische Exil verlassen hatte. Um diese Ziele zu erreichen, hatte Saudi-Arabien neun zumeist arabische Staaten eingeladen, sich bei der Militärintervention zu engagieren (vgl. Gaub 2016).<sup>69</sup> Auch Pakistan als nicht-arabischer aber mehrheitlich muslimischer Staat wurde

---

<sup>68</sup> Vgl. zur saudischen Politik gegenüber den Malediven: Haviland, 24.03.2014; Schultz, 18.06.2017.

<sup>69</sup> Neben Saudi-Arabien beteiligten sich noch die VAE, Bahrain, Kuwait, Ägypten, Marokko, Senegal, Jordanien und Sudan. Katar war bis zum Ausbruch der Blockade durch Saudi-Arabien, die VAE, Bahrain und Ägypten im Juni 2017 Bestandteil der sau-

## 5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

in offiziellen Verlautbarungen als militärischer Partner bei der „Operation Decisive Storm“ genannt. Dies sorgte auf pakistanischer Seite allerdings für Irritationen, da im Vorfeld der saudischen Entscheidung offenbar keine Abstimmung zwischen saudischen und pakistanischen Offiziellen stattgefunden hatte. Es folgten intensive öffentliche und politische Diskussionen, ehe das Parlament die vor dem Hintergrund der beschriebenen engen politischen und militärischen Beziehungen bemerkenswerte Entscheidung traf, sich der saudischen Militärallianz nicht anzuschließen (vgl. Riedel, 13.04.2015; *The Dawn*, 11.04.2015b).<sup>70</sup> Die Mehrheit der pakistanischen Parlamentsabgeordneten fürchtete, Pakistan könne bei einem pro-saudischen Engagement im Jemen in die regionalen Konflikte auf der arabischen Halbinsel hineingezogen werden, was die innere Sicherheit hätte gefährden können. Diese strategische Überlegung erfolgte vor allem vor dem Hintergrund des sich – bereits beschriebenen – intensivierenden Hegemonialkonfliktes zwischen Saudi-Arabien und Iran. Die zunehmend eskalierende konfessionelle Bedeutung dieses Konfliktes sollte vermieden werden, um einer Verschärfung der sunnitisch-schiitischen Konfessionalisierung innerhalb Pakistans vorzubeugen („sectarian backlash“, Sial 2015: 3).

Es folgte eine Phase der gegenseitigen diplomatischen und medialen Kritik: Während saudische Offizielle die pakistanische Entscheidung zwar in der Öffentlichkeit nicht verurteilten, sprach der emiratische Außenminister Anwar Muḥammad Qarqāš hingegen von einem „hohen Preis“ („heavy price“), den Pakistan aufgrund dieser Entscheidung zu zahlen habe (vgl. *The Dawn*, 11.04.2015a). Dies führte in Teilen der pakistanischen Medien zu vehementen Gegenreaktionen: So kommentierte der Executive Director News des *Express News Television*, Fahd Hussein, dass „this man’s annoying words are a true reflection of the attitude that these tinpot Arab rulers harbour towards Pakistan.“ Das Verhalten der arabischen Golfstaaten basiere auf einem „ingrained racism“:

---

disch geführten Allianz, wurde danach allerdings von Kampfhandlungen auf jemenitischem Territorium ausgeschlossen.

<sup>70</sup> Anschließend Versuche von konfessionellen pakistanischen Parteibündnissen, die zum Teil auch aus Saudi-Arabien finanziert wurden, pro-saudische Demonstrationen zu organisieren und für eine Teilnahme an der Jemen-Intervention zu werben, konnten keinen hohen Zuspruch aus der Bevölkerung generieren und blieben daher auf lokale Aktivitäten beschränkt (vgl. PewResearch Center 2013). Einige dieser Proteste wurden von der Allianz *Tehreek-e-Difa-e-Harmain Sharifain* („Bewegung zum Schutz der Heiligen Stätten“), die in der Lal Masjid-Moschee in Islamabad am 2. April 2015 gegründet worden war, organisiert (Ali, 01.10.2015).

#### 5.4 Paradigmenwechsel in den saudisch-pakistanischen Beziehungen?

„Go threaten someone else, Doctor Gargash – this nation has had enough of the likes of you and your weakling sheikhs (...) The Pakistani parliament has taken the right decision for the right reasons, and if Gargash and his fellow sheikhs don't like it, they can go jump into their oil wells” (Husain, 20.04.2015).

Dieser Meinungsartikel war zuerst auf der Webseite der pakistanischen Tageszeitung *Express Tribune* erschienen, allerdings kurz danach auf Anweisung der pakistanischen Regierung entfernt worden, da er „too provocative and insulting to Sheikhs of Arab states” gewesen sei (vgl. *Journalism Pakistan*, 13.04.2015). Einige meiner Interviewpartner\*innen griffen diese Kritik auf und sprachen bereits von einem „Paradigmenwechsel“ in der pakistanischen Außenpolitik (vgl. DIE\_LAH, Interview, 28.01.2016, Lahore), die sich zukünftig eher China und Iran hin- und von Saudi-Arabien abwenden könne (vgl. Rakisits 2015). Besonders deutlich wurde hier der Politikwissenschaftler IMG\_ISL

„Ich meine, die Regierung war sehr klug und hat das Parlament angefragt, um zu entscheiden, ob Pakistan sich militärisch im Jemen auf der Seite Saudi-Arabien engagieren soll oder nicht. Das Parlament hat das debattiert und am Ende übereinstimmend gesagt, das machen wir nicht“ (IMG\_ISL, Interview, 25.02.2016, Islamabad, #00:01:30–2#).

An der öffentlichen Debatte um die Parlamentsentscheidung zum Jemen-Krieg lasse sich somit ein schrittweiser Prozess der Enttabuisierung beim Umgang mit dem „Bruderstaat“ Saudi-Arabien konstatieren:

„The refusal to join the alliance led by Saudi Arabia for the war in Yemen is a reflection of the mindset in Pakistan. This mindset is emerging. Now Saudi Arabia is not considered as the most favorite country anymore“ (ISL\_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore, #00:13:18–6#).

Der Menschenrechtsaktivist ISL\_LAH betrachtet das militärische Vorgehen im Jemen als Ausdruck einer konfrontativen und interventionistischen Regionalpolitik Saudi-Arabiens, die vor allem durch den saudischen Kronprinzen Muḥammad b. Salmān initiiert werde. Unter ihm zeige das Königreich kein Interesse mehr an einer Politik des diplomatischen Ausgleichs, sondern strebe nach militärischer Eskalation. Damit destabilisiere der Kronprinz – dieser „junge, unerfahrene und von Ehrgeiz zerfressene Emporkömmling“, wie er ihn nennt – das fragile Gleichgewicht in der Region und schüre die Rivalität mit Iran, was nicht im strategischen Interesse Pakistans liege. Saudi-Arabien sei nach Meinung ISL\_LAHs zu einem Unsicherheitsfaktor und zu einem unberechenbaren Kriegstreiber geworden, dem Pakistan nicht mehr vertrauen dürfe. Dieser Ansicht sei er schon lange, doch mittlerweile fände auch innerhalb der pakistanischen Politik ein Umdenken statt. Diesen Prozess bezeichnet er als

## 5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

„reaction of the very long, long intervention in Pakistan. Especially the intellectual classes from the higher and middle class are not in favor of Saudi Arabia’s intervention“ (ISL\_LAH, Interview, 23.01.2016, Lahore, #00:14:32–0#). Auch Taha Siddiqui insistiert in einem Meinungsartikel bei *Aljazeera* aus dem Februar 2019 im Vorfeld des bereits beschriebenen Besuchs von Muḥammad b. Saḥmān darauf, eine Abkehr im traditionellen Abhängigkeitsverhältnis zu Saudi-Arabien herbeizuführen. Unter dem Titel „Why Pakistan should not take Saudi money“ argumentiert er im Sinne einer emanzipierteren Haltung der pakistanischen Politik gegenüber saudischer Einflussnahme:

„It is time that Islamabad reconsiders its decades-old transactional relationship with Riyadh. Pakistan cannot afford to be a battleground where Saudi Arabia and Iran settle their scores. It cannot be complicit in the rise of anti-Shia violence or destabilisation of neighbouring countries any longer. What Pakistan needs even more than money is religious harmony and stability. If the Pakistani government does not put an end to Saudi Arabia’s harmful actions within its borders, peace in the country and in the region will be at great risk. And no aid package is worth that“ (Siddiqui, 16.02.2019).

Solche von mir untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen betrachten somit die Entscheidung des pakistanischen Parlaments, keine militärischen Einheiten nach Jemen zu entsenden, nicht nur als Einzelfall, sondern als möglichen Wendepunkt in den asymmetrischen Beziehungen zwischen Pakistan und Saudi-Arabien. Sie sehen in der Weigerung des pakistanischen Parlaments eine Form der bilateralen Emanzipierung, die aus ihrer Sichtweise zwingend notwendig ist, um eigene Interessen zu verfolgen und das Abhängigkeitsverhältnis zu Saudi-Arabien zu verändern. Damit verbindet sich auch ihre Hoffnung, die tabuisierten und limitierten Diskussionsebenen zu Saudi-Arabien aufzubrechen. Dies könne neue Räume für einen kritischen Umgang mit dem Partner öffnen.

Dazu trägt auch bei, dass auf Seiten der pakistanischen Politik ein indigenes strategisches Interesse entstanden sei, sich von traditionellen Partnern wie Saudi-Arabien zu distanzieren, um die Außenpolitik zu diversifizieren. So brauche man aufgrund der beabsichtigten engen wirtschaftlichen Kooperation mit China auch konziliante Beziehungen mit Iran, um die Integration in die chinesische *One Road, One Belt*-Initiative nicht zu gefährden.<sup>71</sup> Die Eisenbahnlinie zwischen der Hafenstadt Gwadar in Gilgit-Baltistan und Kashgar in der chinesischen Region Xinjiang dient dabei als wesentlicher Pfeiler der pakistanisch-chinesischen Kooperation und unterstreicht die Ambitionen Chinas in den letz-

---

<sup>71</sup> Immerhin hat Pakistan als Mitglied des CPEC im Jahr 2015 wirtschaftliche Vereinbarungen mit der Volksrepublik mit einem Gesamtvolumen von 45 Mrd. US-Dollar getroffen.

ten Jahren, logistischen Zugang zum Persischen Golf zu erlangen (vgl. Sheikh/Price 2012: 14). So besteht für Pakistan einerseits die Möglichkeit, sein Portfolio an Handelspartnern zukünftig auszuweiten (vgl. *Express Tribune*, 27.04.2015). Auf der anderen Seite werde sich diese wirtschaftliche Diversifizierung nachteilig auf die Reputation und den Einfluss Saudi-Arabiens in Pakistan auswirken, erläutert IMG\_ISL: „Wir bekommen viel Sympathie von Seiten Chinas und der Türkei, dort haben wir ein gutes Image. Nicht so in Saudi-Arabien“ (Interview, 25.02.2016, Islamabad, #00:20:56–1#). Eine solche Entwicklung könne durchaus positive Implikationen für die pakistanische Wirtschaft, aber auch für das Selbstbewusstsein der pakistanischen Regierung mit sich bringen: Je mehr die wirtschaftlichen Aktivitäten zu den Nachbarn China, Iran und auch Indien ausgebaut würden, desto mehr könnte sich das Verhältnis zu Saudi-Arabien „normalisieren“ oder distanzieren: „Seien Sie sich sicher: In fünf Jahren wird es viel mehr Kritik an Saudi-Arabien geben als heute“ (IMG\_ISL, Interview, 25.02.2016, Islamabad, #00:23:22–9#).

## 5.5 Zwischenanalyse

In diesem Kapitel wurde verdeutlicht, dass die politische, wirtschaftliche und militärische Nähe zu Saudi-Arabien Phasen von Kontinuität, Konstanz sowie Kooperation, aber auch von Konkurrenz, Krisen und Kontroversen durchläuft. Eine kritische und differenzierte Diskussion über die bilateralen Beziehungen zu Saudi-Arabien wird innerhalb des pakistanischen politischen Systems aufgrund der hohen Sensibilität von einflussreichen Gatekeeper\*innen aus Politik, Militär und Wirtschaft weitgehend kontrolliert, limitiert und zensiert. Saudi-Arabien als politische, kulturelle, wirtschaftliche und religiöse Projektionsfläche übernimmt eine omnipräsente aber gleichzeitig ambivalent wahrgenommene Funktion im öffentlichen Raum Pakistans und bestimmt dadurch direkt die Entscheidungen der politischen Gatekeeper\*innen. Sie prägt soziokulturelle und religiöse Wahrnehmungen und beeinflusst Vorstellungen von Identität, Zugehörigkeit und Abgrenzung. Solche Grenzen des Sagbaren gegenüber Saudi-Arabien erschweren es den von mir untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen, Zugang zur öffentlichen Arena zu erhalten. Da sie in der Regel ein kritisches Bild von Saudi-Arabien zeichnen, werden sie von den traditionellen Gatekeeper\*innen aus Medien, Politik und Militär als Gefährder der bilateralen Beziehungen eingeschätzt. Sie fordern die konstituierten Narrative um Saudi-Arabien als wirtschaftlichen Partner, politischen Schutzpatron sowie religiös-kulturellen Sehnsuchtsort heraus, indem sie dieses positiv besetzte Image des Königreichs dekonstruieren. Auf der anderen Seite wird das politische Abhängigkeitsverhältnis von den neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen als Resultat einer

## 5. Ambivalenz der bilateralen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Pakistan

politischen, wirtschaftlichen, militärischen und religiösen Nähe geschildert, die den kulturellen Einfluss Saudi-Arabiens in Form wahhabitischer Missionierung in den letzten Jahrzehnten noch erhöht hat. Das hat zu einer Veränderung der alltäglichen Lebenswirklichkeiten in der pakistanischen Gesellschaft beigetragen. Religiöse Radikalisierung und kulturelle Indoktrination seien die Folge und begrenzen die Räume zur öffentlichen Aushandlung des bilateralen Verhältnisses. Die untersuchten neuen Öffentlichkeitsakteur\*innen schwanken somit in ihren Einschätzungen des bilateralen Verhältnisses zwischen Pakistan und Saudi-Arabien zwischen Affinität und Aversion, zwischen Bewunderung und Beunruhigung, zwischen Dämonisierung und Distanzierung: Saudi-Arabien wird einerseits als Sehnsuchtsort akzeptiert und andererseits als Wurzel allen Übels verunglimpft.